Nr. 316 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 21

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

**Bezugspreis:**
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 15,— Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Bestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 45 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 24. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

# Fehrenbachs Fortschritte.

**W. T. B. meldet:**

**Die Verhandlungen des Reichskanzlers über die Bildung des Kabinetts haben heute ihren Fortgang genommen, ohne das irgendeine Stockung eingetreten ist. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß in kürzester Zeit das Kabinett zum mindesten in den entscheidenden Ministerien besetzt sein wird. Ueber die wesentlichen Fragen ist zwischen den an den Verhandlungen beteiligten Parteien Uebereinstimmung erzielt worden, besonders auch insofern, als die bisherigen demokratischen und Zentrumsminister in ihren Aemtern verbleiben.**

**Die Besetzung des Auswärtigen Amtes mit dem früheren Ministerialdirektor Simons hat allgemeine Zustimmung gefunden. Infolge der endgültigen Absage des Geheimrats Wiedfeld wird bereits mit einer anderen bedeutenden Persönlichkeit des Wirtschaftslebens verhandelt.**

**Der Abgeordnete Becker-Hessen hat aus persönlichen Gründen die Uebernahme eines Amtes ablehnen müssen. Der Minister Stegerwald, der für das Arbeitsministerium in Frage kam, hat gewünscht, sein preußisches Portefeuille zu behalten. Der für dasselbe Ministerium vorgeschlagene Abgeordnete Baecker-Arnsberg hat gleichfalls aus persönlichen Gründen gebeten, von ihm absehen zu wollen.**

Der optimistische Ton, in dem diese offiziöse Mitteilung des in Bildung begriffenen Kabinetts Fehrenbach gehalten ist, ist nach unseren Informationen nicht unberechtigt. Die Nachricht, daß die bisherigen Minister aus den Reihen der Demokratischen Partei und des Zentrums in ihren Aemtern verbleiben, läßt darauf schließen, daß der Versuch der Deutschen Volkspartei, eine ganz neue Regierung nach ihrem Ebenbilde zu schaffen, mißlungen ist.

Auch die Erregung über das Verhalten der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion scheint sich zu legen und der besseren Einsicht zu weichen, daß es durchaus nicht in der Absicht der Fraktion liegt, die Bildung einer Regierung der bürgerlichen Mitte durch irgendwelche taktische Kreuz- und Quersprünge zu verhindern. Man beginnt zu erkennen, daß die Linie der sozialdemokratischen Politik ganz gerade vorgezeichnet ist, und daß taktische Meinungsverschiedenheiten, soweit sie vorhanden waren, nur die Mittel betrafen, aber nicht den Zweck.

Da durch das Verhalten der Linksunabhängigen eine Kombination, in der die sozialistische Arbeiterschaft den stärksten Einfluß gehabt hätte, aus dem Bereich der Möglichkeiten ausgeschieden ist, da ferner die Wiederherstellung der alten Koalition gegenwärtig als unmöglich betrachtet wird, da schließlich auch eine Regierung weder wünschenswert noch möglich ist, in der die äußerste Reaktion ausschlaggebenden Einfluß besäße, ist tatsächlich nur noch eine Regierung der bürgerlichen Mitte möglich. Sie auf die Beine zu stellen, ist die Aufgabe der an ihr beteiligten Parteien, nicht der Sozialdemokratie. Von dieser kann nur verlangt werden, daß sie das Werk anderer nicht wieder in Trümmer schlägt, solange sie nichts Besseres an seine Stelle zu setzen hat oder solange sie nicht durch die Taten der neuen Regierung zur schärfsten Opposition herausgefordert wird.

Diese Einsicht ist in der Sozialdemokratischen Partei allgemein, und allgemein ist auch die Absicht, ihr entsprechend zu handeln. Die Demokraten haben, indem sie sich auf Forderungen versteiften, deren Ablehnung durch die sozialdemokratische Fraktion vorauszusehen war, sich selber künstliche Hindernisse geschaffen. Nach ihrer Beseitigung wird der Weg für sie wieder frei. Es war utopisch, von einer Partei, die sich an der Regierung nicht beteiligt ein positives Handeln zu deren Gunsten zu verlangen; das Höchste, was gefordert werden durfte, konnte doch nur ein Unterlassen sein. Die Sozialdemokratische Partei wird es unterlassen, diejenigen bürgerlichen Politiker, die in die Regierung gehen, weil sie ihre Entwicklung nach rechts verhindern wollen, deswegen anzugreifen. Sie wird es unterlassen, den Werdeprozeß der neuen Regierung absichtlich zu unterbinden. Sie wird es unterlassen, der neuen Regierung ein Mißtrauensvotum auszustellen, sofern ihre Zusammensetzung und ihr Programm dem entspricht, was bisher darüber bekannt geworden ist. Wenn es trotzdem sich als unmöglich herausstellen würde, die Regierung zustande zu bringen, so könnte man wirklich nicht behaupten, daß die Sozialdemokraten die Schuld daran trügen, sondern es würde dadurch nur die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien erwiesen sein, ohne die Hilfe der Sozialdemokratie eine Regierung zustande zu bringen.

•

Der Reichsausschuß der Zentrumspartei trat gestern zu einer für zwei Tage berechneten Tagung zusammen. Wie die „Germania" berichtet, erstattete Abg. Dr. Trimborn ein ausführliches Referat über die politische Lage. Der Reichsausschuß sprach darauf der Fraktion sein Vertrauen aus und dankte den Abgeordneten Trimborn und Fehrenbach für ihre Bemühungen zum Zustandekommen der Regierung.

## Kautsky über Koalition.

Auf dem richtungsneutralen Boden der Wiener Parteipresse entfaltet Karl Kautsky seit einiger Zeit eine rege schriftstellerische Tätigkeit, an der nur das eine zu bedauern ist: nämlich, daß ihre Früchte immer erst nach Berlin zurückimportiert werden müssen. Was Kautsky zu sagen hat, verdient seinen Platz in der deutschen sozialdemokratischen Parteipresse, es verdiente vor allem den Unabhängigen vorgehalten zu werden, die ihrem Parteigenossen (wenn wir nicht irren, ist Kautsky formell immer noch Mitglied der U. S. P.) längst die Spalten ihrer Zeitungen verschlossen haben.

Begreiflicherweise! Denn die Aufsätze, die der berühmte Theoretiker des Sozialismus, der vordem gerade von den Radikalen fast für unfehlbar erklärte wissenschaftliche Verfechter marxistischer Lehren, jetzt im „Kampf" und in der Wiener „Arbeiterzeitung" veröffentlicht, sind jeder ein Keulenschlag gegen die konfuse unwahrhaftige Politik der U. S. P.

Kautsky hat nach dem Crispien-Brief an Müller der Leichtfertigkeit, mit der die Unabhängigen errungene Machtpositionen preisgeben, Worte schärfster Kritik gewidmet. Er hat den Mut gehabt, offen gegen den Mißverstand oder die Demagogie derer anzukämpfen, die so tun, als wäre es für sie eine Kleinigkeit, die ganze kapitalistische Wirtschaft sofort in eine sozialistische zu verwandeln. Er hat in einem „Kampf"-Artikel, den wir am Sonntag auszugsweise veröffentlichten, noch einmal mit der Fackel der Kritik in die dunklen Irrgänge des Diktaturaberglaubens hineingeleuchtet und ausgesprochen, was für jeden Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit, für den U.-S.-P.-Mann aber schlimmste Ketzerei ist — daß es für den proletarischen Klassenkampf keinen günstigeren Boden gibt als den der Demokratie.

In einem Artikel „Klassenkampf und Koalition", der in der Wiener „Arbeiterzeitung" vom 18. Juni erschienen ist, setzt sich nun Kautsky mit der Koalitionsfrage auseinander. Sein Artikel ist die schlagendste Widerlegung all der Albernheiten, mit denen die unabhängige Agitation gegen die grundsätzliche Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei vorzugehen liebt.

Kautsky wendet sich gegen jene Unabhängigen und Kommunisten, die es als einen Verrat an den sozialistischen Grundsätzen, als ein Aufgeben des Klassenkampfes betrachten, wenn sich eine sozialistische Partei mit Bürgerlichen in einer Regierung koaliert. Er schreibt dazu:

Diejenigen, die jede solche Regierung von vornherein als elenden Verrat brandmarken, scheinen anzunehmen, dieser Verrat sei so offenkundig, daß er irgend eines Beweises nicht erst bedürfe. **Mir ist wenigstens kein Versuch bekannt, die absolute Verwerflichkeit jeglicher Koalitionsregierung eingehend zu begründen.** So viel ich weiß, begnügt man sich einfach damit, auf die Prinzipien des Klassenkampfes und Klassengegensatzes hinzuweisen, die ein Zusammenwirken mit dem Klassengegner ausschließen. Jede derartige Zusammenarbeit bedeute ein Aufgeben des grundlegenden Prinzips des Klassenkampfes.

Kautsky weist dagegen darauf hin, daß die Lage im politischen Kampf nicht so einfach ist, da die Welt der Bourgeois wiederum in zahlreiche, gegensätzliche Klassen zerfalle. Darum habe Marx auch stets die Auffassung Bassalles abgelehnt, daß dem Proletariat gegenüber alle anderen Klassen „eine reaktionäre Masse" seien. Er erinnert an die Parteidifferenzen, die es schon früher gab, wenn es galt, sich bei Stichwahlen zu entscheiden oder eine freiheitliche bürgerliche Regierung gegen eine reaktionäre Opposition zu unterstützen. Er erinnert weiter an die von ihm beantragte und angenommene Pariser Resolution von 1900 über den Ministerialismus, die den Eintritt einzelner sozialistischer Minister in eine bürgerliche Regierung als „ausnahmsweisen Notbehelf in einer Zwangslage" zuließ. Guesde hat damals diese Resolution bekämpft und sie später übertreten, als er selber 1914 Minister wurde.

Kautsky hält seine Auffassung von damals auch heute noch für zutreffend. Er sagt darüber:

Nach wie vor halte ich ein Zusammenarbeiten von Sozialisten mit bürgerlichen Elementen in einer Regierung für ein gefährliches Experiment, das man auf keinen Fall suchen, sondern vielmehr nach Tunlichkeit meiden soll. Doch zeigte mir die historische Erfahrung und das Durchdenken aller künftigen Möglichkeiten, daß Zwangslagen eintreten können, in denen für eine sozialistische Partei die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Elementen in einer gemeinsamen Regierung das kleinere Uebel zur Abwehr größerer wird.

Durch die Flucht zum „Rätesystem" könne man diesem Zwang nicht entgehen:

In Westeuropa ist eine Rätediktatur heute nicht mehr möglich; findet hier ein sozialistisches Regime nicht eine Mehrheit sozialistischer Wähler hinter sich, dann muß es, will es nicht abdanken, sich zu einer Koalition verstehen. Eine solche wird möglich mit Elementen, die zum mindesten ein Interesse an der Demokratie, an der Zurückdrängung der Herrschaft der Reaktion

## Aus der Reichstagsfraktion.

### Ein Amnestieerlaß.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte in ihrer gestrigen Sitzung zu Vorsitzenden die Genossen Hermann Müller, Scheidemann und Wels. In den Fraktionsvorstand wurden weiter gewählt die Genossen Fischer-Berlin, Hoch, Loebe, Molkenbuhr, Juchacz, Stolten, Hildenbrand und Schumann-Berlin. In den Seniorenkonvent delegiert wurden: Loebe, Molkenbuhr, Hoch, Hermann Müller, Scheidemann, Juchacz und Wels, als Vorsitzender des Reichshaushaltsausschusses wurde wieder der Genosse Heimann-Berlin in Aussicht genommen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, folgenden Antrag einzubringen:

**Der Reichstag wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend der Bielefelder Vereinbarung vom 29. März gewährleistet wird.**

Durch diesen Antrag wird eine für das ganze Reich geltende Amnestie im Geiste des Bielefelder Abkommens gefordert.

## Die schwäbischen Unruhen.

### Belagerungszustand in Ulm.

**Stuttgart, 23. Juni. WTB. Bei den Unruhen in Ulm wurden, soweit bis jetzt feststeht, acht Polizeiwehrleute zum Teil erheblich verletzt. Fünf Demonstranten sind tot. — Aus Ravensburg werden insgesamt zwei Tote und 20 Verwundete gemeldet.**

**Stuttgart, 23. Juni. Zur Wiederherstellung der gefährdeten Sicherheit und Ordnung hat das Staatsministerium im Oberamtsbezirk Ulm den Belagerungszustand verhängt.** Redakteur Th. Körner von der bauernbündlerischen „Schwäbischen Tageszeitung" ist wegen Aufforderung zum Lieferstreik in Nahrungsmitteln an Stuttgart oder sonstige Industriebezirke, in denen Unruhen irgendwelcher Art entstehen sollten, in Schutzhaft genommen worden.

## Ergebnis von Boulogne.

**Paris, 22. Juni.** Havas meldet aus Boulogne: Das deutliche Ergebnis der Konferenz in Boulogne ist die vollkommene Uebereinstimmung der Alliierten in der Frage der Herabminderung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann. Die Stärke der Polizeitruppen darf nicht über die im Friedensvertrag vorgesehene Anzahl hinausgehen.

Die Konferenz billigte den Vorschlag der französischen und englischen Sachverständigen für die Ausarbeitung der finanziellen Klauseln des Vertrages. Die Alliierten werden am 5. Juli in Spa die Vorschläge der deutschen Delegierten über die Art, in der Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen will, entgegennehmen. Die veröffentlichten Schätzungen der vorläufig geheim gehaltenen Summe, die die Alliierten festgestellt haben, schwanken zwischen 90 und 120 Milliarden Goldmark. Deutschland wird den Betrag in 37 Jahresraten zu zahlen haben, von denen die ersten fünf nicht unter 3 Milliarden betragen sollen. Die anderen werden sich automatisch, je nach der Wiederaufrichtung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, erhöhen. Völlige Uebereinstimmung wurde über die Art der Maßnahmen erzielt, die getroffen werden sollen, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Sie werden wirtschaftlicher und militärischer Natur sein.

**London, 23. Juni.** Gardiner beschließt die Reihe seiner Berichte über Deutschland an die „Daily News" mit einem Brief aus Köln, in dem er ausführt: Der preußische Militarismus ist aus der Seele des Deutschen herausgerissen und vernichtet. Das deutsche Volk zittert vor dem Bolschewismus. Die Bezeichnung „Militarist" ist zum Schimpfwort geworden. Der Krieg und die Blockade waren eine heilsame Lehre für das deutsche Volk. Der Militarismus wird nie mehr die Oberhand gewinnen.

**Dauerkrise auch in Polen.** Nach zweitägigen Beratungen mit dem Zentrum und den Linksparteien, die das neue Kabinett bilden sollten, hat Abg. Witos gestern abend die Unmöglichkeit festgestellt, ein positives Ergebnis zu erzielen und seinen Auftrag in die Hände des Staatschefs zurückgelegt.

kratie durch die Selbstverwaltung, an der Aufhebung des Militärismus haben und durch die Sozialisierung der großen Industrien in ihren Interessen nicht verletzt, ja sogar gefördert werden. Das tritt dann ein, wenn die sozialisierten Industrien produktiver sind als die kapitalistischen, also zum Beispiel den Bauern für die gleiche Menge ländlicher Produkte mehr industrielle Ware als ehedem liefern.

Auch eine solche Koalition wird immer ihre großen Mängel haben, wird natürlich nie für das Proletariat soviel leisten können wie dessen Alleinherrschaft. Aber wenn diese nicht möglich ist, oder nur in Formen, die das ökonomische Leben ruinieren und das Proletariat als herrschende Klasse korrumpieren — und das tut auf die Dauer jede schrankenlose Gewaltherrschaft —, dann bleibt nur die Koalition als kleineres Uebel übrig, wenn der völlige Verzicht auf die Macht das größere wäre.

Kautsky führt dann weiter sehr treffend aus, daß die Arbeit in einer Koalition an die beteiligten Sozialisten die höchsten Anforderungen stelle. Ob die Tätigkeit unserer Genossen in der Regierung, denen wir für ihre hingebende Arbeit Dank schulden, immer diesen Anforderungen entsprochen hat, steht hier nicht zur Diskussion. Kritik an ihr ist ja auch aus der Sozialdemokratischen Partei selbst geübt worden. Diese sozialdemokratische Kritik unterscheidet sich aber von der unabhängigen grundsätzlich dadurch, daß sie die Art der Ausführung im einzelnen tadelte, nicht aber die Papageienphrase nachplapperte, jede Koalition sei „Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus", „Aufgeben des Klassenkampfes".

Wo immer man uns mit solchen leeren Redensarten kommt, werden wir uns zu ihrer Widerlegung auf die Ausführungen eines so gediegenen Theoretikers des Sozialismus, eines so erfahrenen und erprobten Vorkämpfers der Arbeiterbewegung wie Karl Kautsky berufen dürfen.

*

Zu dem Artikel Kautskys „Was nun?" schreibt das Geraer unabhängige Blatt:

Sein Artikel ist als Ganzes betrachtet und selbst wenn er in Oesterreich geschrieben wurde, eine Preisgabe der Unabhängigen Sozialdemokratie zugunsten der Rechtssozialisten. Die Partei wird früher oder später genötigt sein, sich mit dem Verhalten Kautskys, der ihr während der Revolution bei allen großen Entscheidungen in den Rücken gefallen ist, den Rechtssozialisten und dem Bürgertum die billigsten Argumente geliefert hat, eingehend zu beschäftigen. Im Interesse der Klarheit wäre es besser, wenn Kautsky daraus die Konsequenzen zöge und in die Partei Eduard Bernsteins einträte. . . . Es wäre dann nicht mehr möglich, daß Kautsky als angeblicher Vertreter der U. S. P. zu deren gehässiger Bekämpfung Argumente liefern könnte.

Das hätte sich auch kürzer fassen lassen, z. B.: „Schraubstu ab!" „Mach dich dünne!" „Dort hat der Zimmermann das Loch gelassen!" Es ist aber auch so deutlich genug und hübsch gesagt.

## Der Widerhall.

### Blätterstimmen zur Regierungskrise.

Die politische Lage hat sich durch die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion ganz zusehends verwirrt. Diese Verwirrung findet in der bürgerlichen Presse ihren charakteristischen Ausdruck. Sowohl die demokratischen als die reaktionären Blätter schelten auf die Sozialdemokratie, sie nur parteiegoistische Ziele verfolge. Die reaktionären verhöhnen daneben die Demokraten, die sie als politische Kinder insultieren. So z. B. sagt die „Post":

Sie tun so, als wenn ihnen die ganze Wendung überraschend käme. Wer aber nur ein wenig politisches Urteilsvermögen besitzt, hat von vornherein wissen müssen, daß die Sozialdemokratie folgerichtig gemäß ihrer Gesamthaltung in den Krisentagen zu dem gestrigen Beschluß gelangt ist.

Trotz dieser Folgerichtigkeit der sozialdemokratischen Politik bekommen auch wir unseren lebhaftesten Tadel. Nach Meinung der „Post" ist das Chaos das uns erwünschte Ziel:

Niemals ist außer der Sozialdemokratie eine andere Partei in Deutschland mit gleicher Frivolität den nationalen Staatsnotwendigkeiten gegenübergetreten. Hier offenbart sich der Geist dieser Partei, wie er in den letzten Kriegsjahren unbekümmert um das Vaterland die Heimat zermürbt und uns in frevelhaftem Parteiinteresse vor den Tisch von Versailles gezwungen hat.

Die neue Quertreiberei der Sozialdemokraten wird ihnen nicht vergessen bleiben.

Dieselbe Partei also, die sich nach Meinung aller Deutschnationalen und Schwerindustriellen als vollständig unfähig zur Regierung gezeigt habe, die weiter nichts getan hat als „die Schieberwirtschaft großzuziehen", deren Führer sich angeblich bereichert haben und in Saus und Braus leben, dieselbe Partei wird nun getadelt, weil sie bei der Regierungsbildung Gewehr bei Fuß stehen will. Sie kann es den Deutschnationalen also niemals recht machen.

Daß die „Deutsche Tageszeitung" in das gleiche Horn bläst, ist bei ihrer Seelenverwandtschaft mit der „Post" selbstverständlich. Immerhin liest die „Tageszeitung" den Demokraten noch mehr den Text als den Sozialdemokraten. Sie kann das Verlangen der Demokraten absolut nicht begreifen, das von der sozialdemokratischen Fraktion ohne weiteres ein Vertrauensvotum für die Regierung Fehrenbach fordert:

Die Demokraten haben doch wohl gewußt, was die ganze Oeffentlichkeit weiß, daß die Sozialdemokratie die Beteiligung an der Regierung für den Fall einer Mitheranziehung der Deutschen Volkspartei grundsätzlich abgelehnt hat, durch ihre Fraktion und durch ihre Parteikonferenz. Sie hätten sich daher immerhin sagen können, daß damit auch die Möglichkeit beseitigt war, ein sozialdemokratisches Vertrauensvotum für ein Kabinett mit volksparteilichem Einschlag zu verlangen. Sie scheinen aber — das ist noch die wohlwollendste Beurteilung ihrer jetzigen angeblichen Ueberraschung — über den Blockverhandlungen der letzten Tage diese einfachen Konsequenzen aus der ganzen Anlage der sozialdemokratischen Politik übersehen oder vergessen zu haben. Sonst könnten sie die Weigerung der Sozialdemokratie, einen logischen Salto Mortale zu begehen, nicht als eine neue Situation bezeichnen.

Die „Vossische Zeitung", die von ihrem „auch-demokratischen" Standpunkt aus mit derselben Wärme und Inbrunst wie die Stresemänner und die Westarp für „Fachminister und Wirtschaftspolitik" eintritt, findet die Verstimmung der demokratischen Fraktion begreiflich, weil sie angeblich Zugeständnisse der sozialdemokratischen Fraktionsführer erhalten habe, die weit über das hinausgehen, was die Fraktion beschloß. Aber, so fährt sie fort:

Die Verstimmung ist kein politischer Grund. Wenn die Sozialdemokraten es für richtig halten, in einem Augenblick der schwersten Gefährdung von Land und Volk parteiegoistische Sonderpolitik zu machen, so mögen sie die Verantwortung tragen, wenn sie können. Die Leute, die jeden Tag einen Rechtsputsch an die Wand malen, bereiten selbst die Gegenrevolution vor, wenn sie durch ihr Verhalten, durch ihr Nichtwollen und Nichtkönnen den Glauben dem Volk erschüttern, daß die Republik und die Demokratie seinen Lebensinteressen entsprechen. Diese unfreiwillige Propaganda nützt den Monarchisten mehr als ihre eigenen Anstrengungen. Je länger die Krise dauert, desto größer die Gefahr nach innen und außen.

Das demokratische „Berliner Tageblatt" beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den Ausführungen des „Vorwärts" über das Verhalten der Demokraten und meint, diese konnten um so mehr ein Vertrauensvotum der sozialdemokratischen Fraktion erwarten, als sie „von den führenden Sozialdemokraten dringend gebeten worden sind, in die Regierung mit der Deutschen Volkspartei einzutreten. Gewiß, die führenden Sozialdemokraten haben, wenn die Frage auf das Vertrauensvotum kam, erklärt, sie könnten sich noch nicht verpflichten, sie müßten erst die Fraktionssitzung abwarten, aber sie haben versprochen, ihren ganzen Einfluß für die Gewährung des Vertrauensvotums aufzubieten, ihr möglichstes zu tun".

Das „Tageblatt" meint, daß die Führer „unter den Redeergüssen derjenigen, die unermüdlich den Anschluß an die Unabhängigen suchen, schnell matt geworden" seien und es jetzt für loyal hielten, sich so zu stellen, als hätten sie nie etwas anderes gesagt. Zum Schluß versichert das Blatt indessen, daß die Deutsche Demokratische Partei den Sozialdemokraten nicht nachlaufe. Aber wenn die Sozialdemokratie nicht nur an ihre Parteiinteressen denke, wenn sie nicht die von ihr so oft bemängelte unfruchtbare Demagogie der Unabhängigen nachahmen wolle, dann müsse sie dafür sorgen, daß für die Regierung eine genügend starke, nach innen und außen hin eindrucksvolle Majorität entsteht.

In besonders aufgeregter Weise beschäftigt sich der Abgeordnete Gothein in der „Nationalzeitung" mit dem Beschluß unserer Fraktion. Er bezeichnet diesen Beschluß wiederholt als „unerhört", versichert, daß eine große politische Partei Pflichten nicht nur gegenüber ihren Wählern, sondern auch gegenüber der Allgemeinheit habe, und daß diese letzteren Pflichten durch die sozialdemokratische Fraktion auf das gröblichste verletzt würden. Wenn die Sozialdemokratie der Regierung Fehrenbach kein Vertrauen aussprechen wolle, so müsse sie selbst die Regierung bilden. Es gehe nicht an, daß die stärkste Fraktion des Reichstags jede andere Regierung unmöglich mache, sich selbst aber davor drücke. Das sei Sabotage des Parlamentarismus, des demokratischen Systems, zu dem die Sozialdemokratie sich noch im Wahlkampf bekannt habe. Gothein erörtert dann die Möglichkeit einer Regierung aller bürgerlichen Parteien unter Heranziehung auch der Deutschnationalen. Er erklärt diesen Weg für die Demokraten von vornherein für ungangbar aus inneren wie aus äußeren Gründen:

Wenn eine mit den Deutschnationalen gebildete Regierung nach Spa geht, so ist das Wasser auf die Mühle der Millerand und Foch. Dann haben wir dort statt einer Milderung eine Verschärfung der Friedensbedingungen zu erwarten. Eine solche Lektion wäre wohl den Schreiern von rechts zu gönnen, die nun einmal zeigen müßten, wie ihre Politik praktisch völlig versagt. Aber das ganze deutsche Volk, die Existenz unseres Vaterlandes wird davon aufs schwerste bedroht.

Gegenüber diesen demokratischen Klagen und Vorwürfen nimmt sich ein Leitartikel der „Freiheit" ausnahmsweise versöhnlich aus. Er betont, daß sich keine Partei auf irgendeine Dauer das Rechtnehmen lassen kann, gegen eine Regierung zu stimmen und wenn sie Montag das Vertrauen hat, Dienstag ihr ein Mißtrauensvotum zu geben:

Die bürgerlichen Parteien haben nicht nur jede rein sozialistische Regierung für unmöglich erklärt, sondern auch alle einzelnen sozialistischen Maßnahmen verhindert. Unter diesen Umständen müssen sie schon zeigen, wie sie Deutschland ohne sozialistische Methoden auf bürgerliche Weise regieren wollen. Aber siehe da, die Herrschaften, die nicht genug ihre geistige, fachmännische und politische Ueberlegenheit über den Sozialismus betonen konnten, demonstrieren nur das eine deutlich, daß sie jeden Tag nach neuen Ausflüchten suchen, um nur den Beweis ihrer Fähigkeiten nicht erbringen zu müssen.

Dieselben Gründe, die die Demokraten veranlassen, eine Koalition mit den Deutschnationalen abzulehnen, haben unsere Partei bekanntlich veranlaßt, eine Koalition mit den ebenso kriegshetzerischen Deutschen Volksparteilern nicht einzugehen. Und es ist schon recht, was die Reaktionären den Demokraten sagen, daß man einer Partei, mit der man nicht zusammen in einer Regierung sitzen will, auch nicht das Vertrauen aussprechen kann. Nichtsdestoweniger hat die Sozialdemokratie keinen Zweifel gelassen, daß sie der Regierung Fehrenbach nicht von vornherein Schwierigkeiten bereiten will, schon um die Verhandlungen in Spa zu ermöglichen. Darüber hinaus kann die Sozialdemokratie nicht gehen, und die Verantwortung für die Verhandlungen mit der Entente müssen nun schon die bürgerlichen Regierungsparteien selber tragen.

## Der Fachmensch.

Von Paul Quimann.

Im ersten Frührot der Gesellschaftsentwicklung war der einzige Mensch alles. Er war Jäger, Fischer, Zimmermann, Steinmetz, Sachverständiger in Fragen der engeren Gemeinschaft, Rechtsgelehrter. Bei weiterem Fortschreiten sonderten sich die Berufe. Mit der Geschäftigkeit der Bevölkerung mehrten sich die Bedürfnisse, bis man entdeckte, daß es vorteilhafter sei, Gaben gegen Gaben auszutauschen. Aber im einfachen Menschen, dem Landmann, dem Arbeiter, ist diese ursprüngliche Beschaffenheit seiner Natur noch immer lebendig, ebenso wie im Kind, das in seiner frischen Lebhaftigkeit, mannigfaltig alle äußeren Eindrücke in sich aufnimmt, noch das primitives Bild des universellen Menschen darstellt. Der Krieg, diese gewaltsame Rückkehr zu rohen Urzuständen, wo der einzelne wieder ganz allein auf seine Fähigkeiten angewiesen ist, hat gezeigt, welche Fülle unerschöpfter Begabungen im Mann aus dem Volke steckt. Ueber viele kam das befreiende Gefühl, der unnatürlichen Enge des Berufs entronnen und auf die ursprünglichen Kräfte gestellt zu sein. Denn auf allen Berufen lag der jahrtausendalte Staub der Gewohnheit. Der einzelne hatte nicht mehr das beglückende Gefühl, Schöpfer zu sein, wie der Urmensch oder der Künstler, der schwer für seine Freiheit büßende Wildling der heutigen Gesellschaft. Die Eignung für einen bestimmten Beruf war ja nichts anderes als die Marionettenschnur, worin das Individuum sich geppelnd bewegte. Die Grenzen wurden von Jahr zu Jahr enger gezogen, der Blick für die Umwelt immer mehr eingeengt. Das liebevolle Eingehen auf den Mitmenschen war für den Erwachsenen verloren.

So kam es, daß jeder einzelne mehr oder minder ein beruflich fast qualifizierter Idiot wurde. Universalität galt als minderwertig. Man erinnert sich noch jenes Staatsanwalts, der im Leipziger Sittlichkeitsprozeß gegen naturalistische Dichter die beleidigte Frage stellte: „Hebbel, wo wohnt denn der Mann?" Fachmenschen waren es, die uns den U-Boot-Krieg auf den Hals luden, politische Schwärmer, die ihnen blind vertrauten. Der Gymnasiallehrer, der ihn heute noch eine große Zahl vertritt, ist in fast allen Fragen, die außerhalb seines engen Horizonts liegen, ein Monstrum an Unwissenheit, Gleichgültigkeit, Feindseligkeit gegen das Werdende. Den Fachmenschen weiten Fachmenschen gezüchtet, und so die Anhänger der bisher herrschenden Intelligenz einer immer fortschreitenden Verblödung ausgeliefert.

Als die Revolution ausgebrochen war, da ging ein befreiender Strom durch die deutschen Lande. Die Demokratie, die hauptsächlich durch die Mehrheitssozialisten vertreten war, brachte immer in die Regierung, die nur durch ihre überragende Tatkraft und Intelligenz sich ihren Weg gebahnt hatten. Die ursprüngliche Hebung schien einen Sieg über das verheerende Prinzip des ausschließlichen Menschentums errungen zu haben. In Frankreich, in England, in Amerika wurde ja seit langem der Mensch nach seinen wirklichen Fähigkeiten und Leistungen bewertet, aber in Deutschland, wo die höhere Bildung vor allem zur Aufrechterhaltung von Klassenprivilegien diente, galt nur der abgestempelte Fachmensch, der nach Auszeichnungen heischende Sklave der Autorität. Aber dieser Sieg des demokratischen Gedankens fand hämische Verspottung, pöbelhafteste Begeiferung und rief alle dunklen Kräfte der Reaktion zur Abwehr zusammen. Es sammelte sich alle Welt gegen die Demokratie in dem einen Ruf nach Fachministern. Diese scheinbar ideale und unverfängliche Forderung der Kapp-Putschisten, was ist sie anderes als der Schrei nach der Wiederaufrichtung von Privilegien?

Unter den geistigen Berufen, deren Vertreter nicht Fachmenschen zu sein brauchen, ja, nicht Fachmenschen sein dürfen, stehen obenan der Schriftsteller und der Künstler. Solange noch das Bedürfnis nach der ungehemmten Bekundung der Wahrheit aus innerstem Drang vorhanden ist, solange wird man diese beiden Repräsentanten der Menschheit nicht missen können. Sie sind die leuchtendsten Beweise dafür, daß alles Schöpferische aus dem unbewußten Urgrund der Menschennatur hervorgeht. Sie sind, im Vergleich zu den anderen Berufen, Dilettanten, Liebhaber ihrer Sache. Die Wertung dieser freien Berufe, die in Deutschland lange nicht auf der Höhe steht wie in älteren Demokratien, spricht zugleich die Hochschätzung des Fachmenschen aus. Der Dichter oder Philosoph in der wallenden Toga, diese verlogene Idealfigur des deutschen Oberlehrers, ist dazu bestimmt, den lebenden Kämpfer für Wahrheit und Recht herabzudrücken. Aber ihr Lobredner des Alten, hobt ihr nicht Kant zum Widerruf erniedrigt, Fichte aus dem Amt gejagt, versteht ihr etwa den großen Rebellen Schiller, den erhabensten aller Revolutionäre Goethe? Analphabeten der Statistik, bromarbasierende Literaturprofessoren, trabende Zirkusgäule irgendeiner gleichgültigen Disziplin sind eure Sehnsucht.

„Du kerkerst den Geist in ein tönendes Wort,
Doch der freie wandelt im Sturme fort."

---

**Das Theater in der Sowjet-Republik.** Ueber die gegenwärtigen Verhältnisse im Alexandertheater in Petersburg, der altberühmten Pflegestätte russischer dramatischer Kunst, entnimmt die „Frankf. Ztg." dem finnischen „Hufvudstadsbladet" wissenswerte Einzelheiten. Das Theater untersteht der Leitung von drei aus der Künstlerschaft hervorgegangenen Personen. Der Spielplan trägt im allgemeinen noch denselben Charakter wie zur Zeit des Revolutionsausbruches. Seit dem großen politischen Umsturz ist nur eine einzige Erstaufführung über die Bühne gegangen, Nismanns Stück: „Der liebe Gott". Es blieb aber ohne dauernden Erfolg. Ausgesprochen kommunistische Parteistücke finden keine Aufnahme. Solche werden indessen von der Arbeiterschaft in eigenen Veranstaltungen viel aufgeführt. Jedenfalls steht das Alexandertheater auch heute noch auf einer solchen künstlerischen Höhe, daß die Theaterleitung die Vorbereitung europäischer Gastspielreisen ins Auge gefaßt hat. Das Alexandertheater ist für das Publikum allerdings nur zweimal die Woche geöffnet. Dafür stehen die Künstler an den übrigen Abenden zu Vorführungen für die rote Armee und Gewerkschaften zur Verfügung.

Die Aufführungen für die rote Armee haben für die Künstlerschaft den Vorzug, daß sie hierdurch ihre Lebensmittelanteile von dem siebenten Armeekorps beziehen können, wodurch sie weit besser gestellt sind als die meisten Einwohner der Newastadt. Die Gehälter bewegen sich je nach Leistung und Altersstufe zwischen 5000 und 15 000 Rubel im Monat. Mit diesen Beträgen auszukommen, ist bei der Höhe der Lebensmittelpreise allerdings unmöglich. So bezahlt man in Petersburg für ein russisches Pfund Butter (400 Gramm) etwa 8000 Rubel, die gleiche Gewichtsmenge Zucker 2500 Rubel, Schweinefleisch 1800 Rubel, Grieß 600 Rubel usw. Dagegen erhalten die Schauspieler auf Grund ihrer Mitarbeit in der Armee jeden Monat kostenlos folgenden Anteil: 18 Pfund Roggenmehl, 12 Pfund Brot, 5¼ Pfund Schweinefleisch, 4 Pfund Grieß, 2 Pfund Zucker, 2 Pfund Oel, ½ Pfund Seife, 4 Schachteln Streichhölzer usw.

**Der Kampf um die schwarze Liste.** In dem Prozeß des Dr. Robert gegen die Bühnengenossenschaft, die ihn bekanntlich auf ihrer schwarzen Liste führt, wurde am Mittwoch nach mehreren, zum Teil dramatisch belebten Terminen vom Landgericht I das Urteil gefällt. Das Gericht kam zu der Erkenntnis, daß der Bühnengenossenschaft aus den angeblichen Verfehlungen Dr. Roberts nicht das Recht erstand, ihn auf die schwere Warnungsliste zu setzen. Die gegen die Bühnengenossenschaft erlassene einstweilige Verfügung besteht daher zu Recht.

Wir können hier die Berechtigung der gegen Dr. Robert erhobenen Beschuldigungen nicht im einzelnen nachprüfen, aber die Genossenschaft hat jedenfalls im Interesse ihrer Mitglieder so handeln zu müssen geglaubt. Bezeichnenderweise war der Hauptbelastungszeuge rechtzeitig umgefallen. Die berufene Vertretung der Bühnenkünstler wird auch in Zukunft auf die Waffe der schwarzen Liste nicht verzichten können. Ihre gewerkschaftliche Taktik erscheint manchen Kreisen, nicht nur den Bühnendiktatoren, unerhört; leider ist auch unter den Künstlern selbst noch nicht immer das richtige Solidaritätsgefühl vorhanden.

**Die Gobelinausstellung in Wien.** In den Prunkräumen des oberen Belvedereschlosses in Wien ist eine Ausstellung von Tapisserien aus ehemals kaiserlichem Besitz eröffnet, die in ihrer Reichhaltigkeit und Kostbarkeit ihresgleichen sucht. Der Hauptteil der mehr als 900 Stücke umfassenden Sammlung war bislang in Schönbrunn verwahrt und nie gezeigt worden. Durch Meisterwerke höchsten Ranges ist die niederländische und französische Bildwirkerei des 16., 17. und 18. Jahrhunderts vertreten, namentlich die Brüsseler und Pariser Ateliers. Die meisten Tapisserien sind vorzüglich erhalten und leuchten in ihrer ursprünglichen Farbenpracht. Die Ausstellung gewährt in ihrer sorgfältigen Auswahl ein anschauliches Bild der Entwicklung dieses Kunstzweiges.

**Ein Denkmal für Bertha von Suttner.** Bertha v. Suttner, die am 23. Juni 1914, kurz vor Kriegsausbruch, in Gotha verbrannt wurde, soll dort nach der Absicht der Friedensgesellschaften ein großes Denkmal erhalten. Die Gothaer Stadtverwaltung ist gebeten worden, die Asche aufzubewahren, bis die Friedensgesellschaften aller Länder näheres beschlossen haben.

**Theater.** Das Neue Zentraltheater in der Kommandantenstraße bleibt Donnerstag und Freitag wegen Vorbereitung der Premiere geschlossen.

**Gespräch mit Fräulein X.** Hans Reimanns Leipziger „Drache" entwirft folgende Charakteristik des gemeinten Gesprächs und Fräuleins: Wenn sie von Philosophie redet, meint sie sexuelle Probleme. Wenn sie von Goethe spricht, meint sie Bedeckind. Wenn sie von Freiheit spricht, meint sie Nacktheit. Wenn sie von Liebe spricht, meint sie Sinnlichkeit.

## Das Berliner Betriebsräteelend.

Von unseren Genossen aus dem Betriebsrätesekretariat wird uns geschrieben:

Seit sechs Wochen schweben Verhandlungen zwischen den Vertretern der S.P.D.- und U.S.P.D.-Betriebsräte und der Gewerkschaftskommission zwecks Zusammenfassung der Betriebsräte in eine freigewerkschaftliche Zentrale. Veranlaßt wurden die Verhandlungen nach dem Kapp-Putsch durch den dringenden Wunsch der Betriebsräte beider Richtungen in den Betrieben sich untereinander zu verständigen. Die Vertreter der S. P. D. ergriffen sofort die Gelegenheit und verhandelten mit Vertretern der U. S. P. D. in der Münzstraße.

In dieser ersten Verhandlung enthüllten nun die Vertreter der Münzstraße restlos ihre Pläne, deren Verwirklichung neue Zersplitterung und Zersetzung in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter hineintragen müßte.

Malzahn führte den Vorsitz und erklärte die Stellungnahme der Betriebsrätezentrale in der Münzstraße. Sein Vorschlag ging auf Schaffung einer neuen Betriebsräteorganisation hinaus. Mitglieder dieser Organisation sind alle auf Grund des B.R.G. gewählten Betriebsräte. Diese Organisation muß in ihrer Bewegung gegenüber den Gewerkschaften völlig frei sein. Die Grundlage der Selbständigkeit wird durch die Erhebung von Beiträgen der Anhänger der neuen Betriebsräteorganisation gewährleistet. Wenn der Aufbau der Organisation fertiggestellt ist, wird mit den Gewerkschaften über die Abgrenzung der gegenseitigen Tätigkeitsgebiete verhandelt.

Das Weiterverhandeln wurde von den Vertretern der S. P. D. sofort von der Hinzuziehung der Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission und der Afa abhängig gemacht.

Dieses selbstverständliche Verlangen wurde zunächst von allen Vertretern der Münzstraße hartnäckig abgelehnt. Es müsse erst der organisatorische Aufbau der Betriebsräte vollendet sein, dann erst könne mit den Gewerkschaften über die Zuständigkeitsgrenzen verhandelt werden. Dabei müßten Kompensationen gegeben sein, um die Gewerkschaften zu zwingen, sich der Betriebsräteorganisation anzupassen.

Als Grund der Abneigung gegen die Gewerkschaften wurde das Versagen aller Gewerkschaftsinstanzen angeführt. Die Gewerkschaften, durch ihren riesigen Apparat zu schwerfälligem Verhalten verurteilt, wären völlig unfähig, die großen Aufgaben, die der Fortschritt der sozialen Revolution stellt, zu bewältigen. Der drängenden Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Hand- und Kopfarbeiter zu großen Industrieorganisationen stünden der Partikularismus und nackte Egoismus der Gewerkschaftler, auch solcher, die vollständig auf dem Boden der U. S. P. stehen, entgegen.

Nach stundenlangem Verhandeln erklärten sich schließlich die Vertreter der Münzstraße bereit, die Gewerkschaftskommission teilnehmen zu lassen. Um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, mußten wir auf die Beteiligung der Afa, deren Führer als ganz reaktionär und rückständig bezeichnet wurden, verzichten.

In den darauffolgenden Wochen fanden dann langwierige Verhandlungen statt, die immer wieder von den Vertretern der Münzstraße durch zähes Festhalten an ihren alten Plänen, wenn auch in verschleierter Form, hinausgezögert wurden.

Die Frage, die den schwierigsten Gegenstand der Verhandlungen bildete, war die Finanzierung. Die Gewerkschaftskommission schlug vor, pro Mitglied und Jahr 1 M. auf dem Wege des Umlageverfahrens von den Berliner Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen. Ueber die Verwendung dieser Gelder, 200 000 M. pro Quartal, verlangte aber die Gewerkschaftskommission restlose Kontrolle.

Die Vertreter der Zentrale verlangten die Aufbringung der Mittel durch den Vertrieb von Rätemarken, herausgegeben von der neuen Betriebsrätezentrale und vertrieben durch die Berliner Gewerkschaftskommission. Den Unorganisierten soll dadurch Gelegenheit gegeben werden zur Finanzierung der Zentrale beizutragen. Diese Gelder müssen dann zur freien Verfügung der Betriebsrätezentrale stehen.

Die Unorganisierten! Seit dem ersten Tage der Verhandlungen vertraten die Vertreter der S. P. D. den Standpunkt, daß für die Zusammenfassung und Delegation in die Generalversammlung nur freigewerkschaftliche Betriebsräte in Frage kommen könnten. Die Zulassung Unorganisierter zur Generalversammlung und der Vertrieb von Rätemarken unter Unorganisierten bedeute geradezu eine Prämie für gewerkschaftsfeindliche Tendenzen und Förderung der Indifferenz unter den unorganisierten Massen. Alle Hinweise auf Unorganisierte, die in der Berliner Rätebewegung des letzten Jahres eine große Rolle gespielt und mittlerweile, wie die „Freiheit" feststellen mußte, als Polizeispitzel entlarvt worden sind, prallten bei den Vertretern der Münzstraße wirkungslos ab.

Trotz all dieser Gegensätze schien in der letzten Zeit eine Einigung doch noch möglich. Malzahn erklärte in der vorletzten Sitzung, daß an der Frage der Finanzierung die Einigung schließlich nicht scheitern würde. Eine scharfe Wendung nahmen dann die Dinge in der letzten Sitzung am Sonnabend. Richard Müller, der nur an der ersten Sitzung mit teilgenommen hatte, mittlerweile aber aus Stuttgart zurückgekehrt war, erklärte, pochend auf seine 20 000 Berliner Betriebsräte, die er angeblich in der Hand haben will: „Wenn die Gewerkschaftskommission die Geldfrage so regeln will, dann machen wir nicht mit."

Um dem ganzen Skandal noch die Krone aufzusetzen, veranstalteten die Vertreter der Münzstraße hinter dem Rücken der S. P. D. und jedenfalls auch der Gewerkschaftskommission sogenannte Vollversammlungen der Industriegruppen und verbreiteten die Unwahrheit, die Einigung sei perfekt und sie seien berechtigt, die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung vorzunehmen. Fertige Listen der Delegierten sind zur Hand, und eins, zwei, drei, eine „Generalversammlung der Betriebsräte" ist fertig, die heute schon stattfinden soll, in der dann fürchterlich drohende Beschlüsse gefaßt werden, bestimmt, der Gewerkschaftskommission den Revolver auf die Brust zu setzen, um zu erzwingen, was zu erreichen durch loyale Verhandlungen nicht möglich war.

Wie lange noch will sich die Berliner Arbeiterschaft dieses Treiben gefallen lassen?

S. P. D.-Betriebsräte, soweit Ihr durch die unwahren Mitteilungen der Vertreter der Münzstraße irregeleitet seid, bleibt diesen Versammlungen fern!

## Bezirkstag für Groß-Berlin.

Auf einstimmigen Beschluß des Bezirksvorstandes findet der ordentliche Bezirkstag der S.P.D. Groß-Berlin für das Geschäftsjahr 1919/20 am

**Sonntag, den 8. August, vormittags 9 Uhr in den Germania-Festsälen, Chausseestr. 110**

statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes.
2. Kassenbericht.
3. Die Neuorganisation des Bezirksverbandes und Beschlußfassung über das neue Organisationsstatut.
4. Wahl der Vorsitzenden und der Schriftführer des Bezirksvorstandes, sowie der 6 Revisoren.
5. Erledigung der sonstigen Anträge.

Die Parteigenossen werden ersucht, zu der Tagesordnung Stellung zu nehmen. Der Entwurf des neuen Organisationsstatuts wird den Ortsvereinen rechtzeitig zugehen.

# Groß-Berlin

### Das Fräulein vom Amt spricht.

**Die Ursachen der falschen Verbindungen. — Die Fehler des Dienstleitungssystems. — Die Unzufriedenheit mit der neuen Zahlenaussprache.**

Eine Berliner Fernsprechbeamtin äußert sich aus ihren Erfahrungen heraus in dem folgenden Artikel zu dem vor kurzem hier angeschnittenen Thema:

In erster Linie ist die Ursache der falschen Verbindungen die Schuld des Dienstleitungssystems. Sie beruhen in den jetzt mangelhaften technischen Einrichtungen und in den unzureichenden Maßnahmen, die die Verwaltung bis jetzt getroffen hat. Jeder Arbeitsplatz ist überlastet. Er ist mit mehr Teilnehmern beschaltet als in Friedenszeit und die Inanspruchnahme der Anschlüsse durch die Teilnehmer ist bedeutend gestiegen. Infolge der erhöhten Fernsprechgebühren sind die billigeren Nebenanschlüsse sehr begehrt, und so kommt es, daß viele Hauptanschlüsse noch fünf Nebenanschlüsse haben, und diese sechs Anschlüsse werden als ein Anschluß gerechnet. Es ist bei dieser Mehrbelastung gar nicht möglich, die Teilnehmer so schnell abzufertigen wie früher, es kommt auch sehr häufig vor, daß alle Verbindungsschnüre eines Arbeitsplatzes besetzt sind. In den Dienstleitungen — wo die Verbindungen mit dem gewünschten Teilnehmeranschluß hergestellt werden — werden drei, vier und noch mehr Nummern zu gleicher Zeit angesagt. Daß bei diesem Durcheinandersprechen die Nummer falsch verstanden und verbunden wird, ist doch verständlich. Also die Ursache der Fernsprechmängel liegt einzig und allein in der Ueberlastung des Personals und den nicht mehr ausreichenden technischen Einrichtungen. Dies ist auch der Postverwaltung genau so bekannt wie dem Personal. Aber anstatt das Publikum darauf hinzuweisen, daß es durch den entstandenen Materialmangel nicht möglich ist, eine bessere Abwicklung des Fernsprechverkehrs herbeizuführen, wird alle Schuld auf das Personal abgewälzt, trotzdem es sein Menschenmöglichstes tut, um den Verkehr zu bewältigen. (Das ist nicht wahr, liebes Fräulein vom Amt. Die Postverwaltung hat kürzlich den Beamtinnen in einer Besprechung alle Gerechtigkeit widerfahren lassen. D. Red.)

Als letztes Allheilmittel für eine gute Abwicklung des Fernsprechverkehrs griff nun die Verwaltung dazu, die bisherige, sich kaum leserliche — geschweige denn auszusprechende Zahlenaussprache einzuführen. Noch vor ganz kurzer Zeit gab es für eine andere als die vorgeschriebene Amtssprache Ermahnungen, Warnungen und andere schriftliche Rügen; denn nur die vorgeschriebene Aussprache war die allein verständliche, eine andere hätte unweigerlich eine Falchverbindung zur Folge gehabt. Und jetzt plötzlich wird die

**gut bewährte alte Aussprache**

für undeutlich und zu Falschverbindungen führend erklärt. Bei der Durchführung der neuen Zahlenaussprache wird aber eine gute Abwicklung des Verkehrs direkt unmöglich. Wie ich anfangs anführte, wird durch die Ueberlastung der Arbeitsplätze und des Personals ein Durcheinandersprechen in den Dienstleitungen verursacht. Nach der neuen Methode erfordert aber die Aussprache einer Nummer mehr Zeit, wodurch nur ein langsameres Arbeiten möglich ist, und das Ergebnis wäre, daß der Verkehr überhaupt nicht mehr bewältigt werden könnte. Durch die folgenden Beispiele werden meine Ausführungen bewiesen. Es geht doch schneller, wenn ich sage (4090) vierzig—neun—null, als wenn ich fieärr—nuhl—nein—nuhl sage, oder (6007), bisher: sechzig—null—sieben, jetzt: sechs—nuhl—nuhl—siebänn, (149) früher: 1—4—9, jetzt: einß—neihnunfieärzich, was auch noch in der Dienstleitung sehr schlecht zu verstehen ist.

Mit diesen wenigen Beispielen, die ich hier anführte, glaube ich bewiesen zu haben, daß die neue Zahlenaussprache sehr unzweckmäßig ist im Interesse der Teilnehmer sowohl wie im Interesse des Personals. Die örtlichen Beamtenausschüsse sämtlicher Fernsprechämter Groß-Berlins haben aus der Erkenntnis heraus, daß die neue Zahlenaussprache ungeeignet ist, einstimmig dagegen protestiert. Die Behörde hat natürlich darauf nicht reagiert und sich auch von den Beschwerden der Teilnehmer, die anläßlich dieser Aussprache einliefen, nicht davon überzeugen lassen. Im Gegenteil! Um das Personal — das doch durch die praktische Arbeit beurteilen kann, ob diese Neuerung eine Betriebsverbesserung oder ein Betriebshemmnis ist — von der Güte der neuen Zahlenaussprache zu überzeugen, sind mehrere Aufsichtsbeamtinnen

---

68]

## Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Der Schultheiß wiederholt immer noch die Angebote auf die Ansiedlung, und sie haben nun die wenigen hundert Kronen erreicht, die das Gut geschätzt wird, deshalb werden jetzt nur noch fünf oder zehn Kronen mehr auf einmal geboten. „Ich glaube wahrhaftig, jetzt bietet der Axel!" sagt Brede plötzlich und eilt neugierig zu ihm hinüber. „Willst du meinen Hof kaufen? Ist dir deiner nicht groß genug?" — „Ich biete für einen anderen Mann," erwidert Axel etwas ausweichend. — „Na ja, das ist mir einerlei, so ist das nicht gemeint." — Der Schultheiß hebt den Hammer, ein neues Gebot wird gemacht, hundert Kronen mehr auf einmal; niemand geht höher. Der Schultheiß nennt das letzte Angebot noch ein zweimal, wartet eine Weile mit erhobenem Hammer und schlägt zu.

Wer hatte geboten?

Axel Ström; für einen andern Mann.

Der Schultheiß schreibt ins Protokoll: „Axel Ström pr. Kommission."

„Für wen kaufst du?" fragt Brede. „Nicht, als ob es mir nicht ganz egal wäre."

Aber nun stecken einige Herren am Tische des Schultheißen die Köpfe zusammen. Da sitzt ein Vertreter der Bank, der Kaufmann mit seinem Ladendiener, etwas hat sich ereignet, die Forderungen der Gläubiger sind nicht gedeckt! Brede wird gerufen, leicht und sorglos kommt er daher und nickt nur, sowohl, ganz derselben Ansicht. „Wer hätte auch denken können, daß der Hof nicht mehr bringen werde," sagt er. Und plötzlich verkündet er allen Anwesenden mit lauter Stimme: „Da wir nun mit der Versteigerung fertig sind und ich doch einmal den Herrn Schultheiß herbemüht habe, so will ich alles verkaufen, was ich hier habe. Den Wagen, die Tiere, eine Mistgabel, den Schleifstein, das brauche ich alles nicht mehr, ich verkaufe Rump und Stump."

Geringe Angebote. Bredes Frau, auch sie leichtfüßig und sorglos, trotz ihres ungeheuren Umfangs, hat inzwischen begonnen, an einem Tisch Kaffee zu verkaufen; sie findet diese Beschäftigung unterhaltend, sie lächelt, und als Brede selbst kommt und Kaffee trinkt, verlangt sie zum Spaß auch von ihm Bezahlung. Und Brede zieht wirklich seinen mageren Beutel und bezahlt. „Seht doch nur die Frau an!" sagt er zu der ganzen Versammlung. „Sie versteht's!" sagt er

Der Wagen ist nicht viel wert, er hat zu oft unter freiem Himmel gestanden; aber Axel bietet schließlich noch ganze fünf Kronen mehr und ersteht auch den Wagen. Dann kauft Axel nichts mehr. Aber alles verwundert sich, daß der vorsichtige Mann so viel gekauft hat.

Nun ging's an die Tiere. Sie standen heute im Stall, um in der Nähe zu sein. Was sollte Brede mit Tieren, wenn er kein Weideland mehr dafür hatte! Kühe hatte er gar nicht, er hatte seine Landwirtschaft mit zwei Geißen begonnen, jetzt hatte er vier. Außerdem hatte er sechs Schafe. Ein Pferd besaß er nicht.

Isak kaufte ein gewisses Schaf mit flachen Ohren. Als Bredes Kinder dieses Schaf aus dem Stall herausführten, bot er sofort darauf; das erweckte Aufmerksamkeit, Isak von Sellanraa war ja ein reicher und angesehener Mann, der brauchte doch nicht noch mehr Schafe, als er schon hatte. Bredes Frau hält einen Augenblick mit ihrem Kaffeeverkauf inne und sagt: „In diesem Schaf kann man dir nur zureden, Isak; es ist zwar alt, aber es wirft jedes Jahr zwei oder drei Lämmer." — „Ja, das weiß ich," erwidert Isak und sieht sie voll an. „Ich kenne das Schaf."

Er macht sich mit Axel Ström zusammen auf den Heimweg und führt sein Schaf am Strick. Axel ist schweigsam, und irgend etwas scheint ihn zu wurmen. Aber er hat doch eigentlich keine Ursache, niedergeschlagen zu sein, denkt Isak. Seine Wirtschaft ist in gutem Stande, er hat das meiste Futter schon hereingebracht und er ist eben dabei, sein Wohnhaus aufzurichten. Es geht bei Axel Ström, wie es gehen soll, ein wenig langsam, aber sicher. Jetzt hat er sich auch ein Pferd eingetan.

„Du hast Bredes Hof gekauft," sagt Isak. „Willst du ihn bewirtschaften?" — „Nein, ich will ihn nicht bewirtschaften. Ich habe ihn für einen andern gekauft. — „So." — „Was meinst du, hab ich zuviel bezahlt?" — „O nein. Er hat gute Moore, wenn sie entwässert werden." — „Ich habe den Hof für meinen Bruder in Helgeland gekauft." — „So." — „Aber ich hab so halb und halb daran gedacht, mit ihm zu tauschen." — „Du willst mit ihm tauschen?" — „Wenn Barbro lieber da unten wohnen möchte."

Schweigend gehen sie ein gutes Stück. Dann sagt Axel: „Man ist sehr hinter mir her, ich soll den Telegraphen übernehmen." — „Den Telegraphen? So. Ja, ich hab gehört, der Brede hab ihn aufgekündigt." — „So," antwortet Axel lächelnd; „das ist nicht ganz genau so gewesen, ihm, dem Brede, ist aufgekündigt worden." — „Na ja," sagte Isak mit für Brede entschuldigendem Ton, „der Telegraph nimmt viel Zeit weg." — „Sie haben ihm zu Neujahr gekündigt, wenn er sich nicht bessere." — „So." — „Meinst du nicht, ich könnte den Posten übernehmen? — Isak dachte lange nach und antwortete dann: „Ja, ja, das bringt Geld." — „Sie wollen mehr geben." — „Wieviel?" — „Das Doppelte? Ja, dann meine ich, du könntest es dir überlegen." — „Aber die Strecke ist länger geworden. Nein, ich weiß doch nicht, was ich tun soll; es läßt sich jedoch jetzt weniger aus dem Wald herausschlagen, als zu deiner Zeit, und ich muß mir noch mehr Geräte anschaffen, ich hab jetzt zu wenig. An bar Geld fehlt es immer, und mein Viehstand ist nicht so groß, daß ich davon verkaufen könnte. Ich meine, ich sollte es einmal ein Jahr mit dem Telegraphen versuchen." Keinem der beiden fiel es ein, daß Brede sich bessern und seinen Posten behalten könnte.

Als sie nach Maaneland kamen, ist auch Oline auf ihrem Heimweg dort angelangt, ja, Oline ist merkwürdig, sie kriecht fett und rund daher wie eine Raupe und ist doch über siebzig Jahre, aber sie kommt weiter. Sie sitzt in der Gamme und trinkt Kaffee, aber als sie die Männer gewahr wird, läßt sie alles liegen und stehen und kommt heraus. „Guten Tag, Axel, zurück von der Versteigerung?" fragt sie. „Du hast doch nichts dagegen, daß ich Barbro einen Besuch mache? Und du hast ein Wohnhaus und wirst ein immer größerer Herr? Du hast ein Schaf gekauft, Isak?" — „Ja," erwidert Isak, „kommt es dir nicht bekannt vor?" — „Ob es mir bekannt vorkommt? Nein." — „Es hat aber doch diese flachen Ohren, sieh nur." — „Flache Ohren, wieso denn? Und wenn auch? Ja, was ich sagen wollte: Wer hat denn dem lieben Brede seinen Hof gekauft? Eben hab ich zu der Barbro gesagt, wer wohl ihr Nachbar sein würde, hab ich gesagt. Die arme Barbro sitzt nur da und weint, wie nicht anders zu erwarten ist. Aber der Allmächtige hat ihr eine zweite Heimat hier auf Maaneland beschert. Flache Ohren? Ich hab in meinem Leben schon viele Schafe mit flachen Ohren gesehen. Und das ist wahr, Isak, diese Maschine, die du hast, ist fast mehr als meine alten Augen fassen können. Und was sie gekostet hat, danach will ich lieber gar nicht fragen, so hoch kann ich gar nicht zählen. Wenn du sie gesehen hast, Axel, dann weißt du, was ich meine, es war mir, als sähe ich Elias in seinem feurigen Wagen, Gott verzeih mir die Sünde . . ."

(Forts. folgt.)

damit beauftragt, in der neuen Zahlenaussprache zu unterrichten — ganz wie in der Schule. Das dienstalte Personal ist natürlich dieser Aufklärungsarbeit unzugänglich.

Wir möchten der Postverwaltung empfehlen, auf Grund obiger Ausführungen die angeschlagenen Punkte nochmals einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Die neue Nummernaussprache und der Dienstleitungsbetrieb scheinen sich zu einer besonderen Art von Steckenpferden der Postverwaltung entwickelt zu haben, über die ihre Erfinder wohl viele Worte machen, ohne den Nutzen dieser Einrichtungen aber bisher beweisen zu können.

## Die hohen Lebensmittelpreise.

### Ein Magistratsprotest an den Ernährungsminister.

Der Magistrat Berlin hat bei dem Ernährungsminister dringende Vorstellung erhoben gegen die unerträgliche Höhe und weitere Steigerung der Lebensmittelpreise, die einmütigen Widerspruch der städtischen Verbraucher hervorrufe und neuerdings in vielen Städten zu schweren Unruhen geführt habe. Der Magistrat wendet sich insbesondere dagegen, daß in den letzten Tagen die sogenannte Indexkommission eine weitere enorme Erhöhung der Getreidepreise befürwortet habe, und gleichzeitig die Reichsgetreidestelle eine Frühdruschprämie für Getreide in Aussicht nehme. Diese doppelte Erhöhung müsse zur Beibehaltung, wenn nicht gar weiteren Erhöhung des jetzigen übermäßig hohen und nur für kurze Frist erträglichen Brotpreises führen. Außerdem bittet der Magistrat um Herabsetzung des für das nächste Jahr in Aussicht genommenen Kartoffelpreises, der angesichts der günstigen Ernteaussichten sich in keiner Weise mehr rechtfertigen läßt.

## Unsere Stadtverordneten.

Bisher gelten von unseren Kandidaten als gewählt in

**Berlin**

**Mitte:** Adolf Ritter, Dr. Martha Wogodzinski.
**Tiergarten:** Hugo Heimann, Arthur Schuldt.
**Wedding:** Otto Frank, Liesbeth Riedger, Fritz Brolat.
**Prenzlauer Tor:** Karl Koblenzer, Helene Schmitz, Hugo Poetsch.
**Friedrichshain:** Eugen Brückner, Fritz Münzner, Martha Hoppe.
**Hallesches Tor:** Bernhard Bruns, Martha Schröder, Wilhelm Pfannkuch, Emil Dittmer.

## Jetzt naht dein Wahlkampf, Arbeiterjugend!

Der erste Reichstag der deutschen Republik hat abermals eine bürgerliche Mehrheit. Damit wird in den nächsten vier Jahren kaum auf eine große Reform der Jugendschutzgesetze zu hoffen sein. Aber auch das Schulwesen und die anderen für die Arbeiterjugend wichtigen und reformbedürftigen Gebiete werden noch lange einer systematischen Umgestaltung im Sinne des Erfurter Programms harren, wenn nicht — die Jugend selbst energisch für ihre Rechte eintritt und als junge Generation fordernd vor das Parlament der Alten, vor das Forum der Allgemeinheit tritt.

Mehr denn je hängt heute vieles von der Jugend des Proletariats ab! Auf die jungen Mitstreiter blicken heute nach dem Wahltag die erwachsenen Genossen, auf die Arbeiterjugend blickt heute voller Erwartung und Zukunftshoffnung die sozialistische Arbeiterbewegung der ganzen Welt! Wir Jungen sind die Träger der Zukunft, laßt uns in gegenwärtiger Stunde den Feuerwein der Begeisterung durch die Adern strömen; fassen wir nun erst recht jauchzenden Mut zum befreienden Handeln, zur bahnbrechenden Tat! Brüder, laßt uns mit klaren Köpfen die Möglichkeiten wägen, die Grenzen unseres vorwärtsdrängenden Wollens bedenken, um dann mit dem flammenden Schwert der Wahrheit die Torbrecher der Zukunft zu sein! Wir wollen wissen und erkennen, wir wollen dieses Wissen erkämpfen und erringen unter Mühe und Qualen, in durchwachten Nächten und den Feierstunden des Tages, bis wir einem tapferen Siegfried gleich die Drachenbrut des Götzen Kapital zu Boden schlagen können, um den lichten Fackelbrand des Sozialismus in das Dunkel der Ferne zu tragen!

Der Wahlkampf der Parteien ist vorbei — ein neuer Wahlkampf setzt ein: der Wahlkampf der Jugend! — Wir Jungen wählen keine Parlamente, wir haben keine Vertretung im Reichstag, die direkt aus unseren eigenen Reihen delegiert wurde. Wohl fühlt sich so mancher unter uns, der mitten im Alltagstreiben des feindlichen Lebens steht, reif zu eigenem Urteil — doch er hat zu warten, bis er das „nötige Alter" erreicht hat. — Wir Jungen haben keine Vertretung im Reichstage als die älteren Genossen — wir wählen uns eigene Organisationen, die für unsere Rechte kämpfen! — Die Organisation des schaffenden Jungproletariats ist die deutsche Arbeiterbewegung. Sich ihr anzuschließen, ist heilige Pflicht der klassenbewußten Arbeiterjugend.

Der 6. Juni ist vorbei; jeder Tag von heute ab ist ein Wahltag der Jugend! Unermüdlich werden wir Jungen treppauf, treppab die Flugblätter unserer Organisation verteilen, verbreiten, bis der letzte Arbeiterjunge und das letzte Arbeitermädel seine Stimme abgab für den Verein „Arbeiterjugend", bis das gesamte Jungproletariat unter dem sturmerprobten Banner der Arbeiterjugendbewegung vereinigt ist.

Ihr Jungen, Euer Wahlkampf naht! Arbeiterjugend heraus!

W. Sch.

## Kontrollmaßnahmen auf der Stadtbahn.

Um geordnete Zustände auf der Stadt- und Ringbahn herbeizuführen, will die Eisenbahnverwaltung zu außerordentlichen Maßnahmen schreiten. Bereits in den nächsten Tagen werden auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn verschärfte Zugkontrollen eingerichtet, die die Aufgabe haben, in den Zügen auf Ordnung zu sehen, vor allen die zahlreichen Fahrgeldhinterziehungen in der zweiten, wie auch in der dritten Wagenklasse zu verfolgen. Weitere Aufgaben dieser neuen Kontrollen bestehen darin, diejenigen Reisende festzustellen, die in den Nichtraucherabteilen rauchen oder mit Tragelasten (Holzsäcke, Obst- und Wäschekiepen usw.) nicht die hierfür vorgesehenen Abteile benutzen usw. Die neuen Kontrollen, die in Gruppen von sechs oder mehr Beamten zusammenarbeiten, um die einzelnen Züge möglichst schnell revidieren zu können, werden zum Teil in Uniform, zum Teil in Zivilkleidern ihren Dienst ausüben und mit den entsprechenden Ausweisen versehen sein. Zur Erleichterung der Einziehung der verwirkten Strafen sind die Beamten zur sofortigen Erhebung berechtigt und daher mit entsprechenden Nachlösekarten zu je 30 Mark ausgerüstet. Die Eisenbahnverwaltung hofft, durch diese neue Maßnahme endlich der vielen Betrügereien im Personenverkehr Herr werden zu können und damit den vielfachen Wünschen der Reisenden entsprechen zu können.

Sicher wird jeder Vernünftige gegen die oben geschilderten Maßnahmen nichts einzuwenden haben. Die Hauptsache ist aber zunächst, daß die Eisenbahnverwaltung die Vorbedingungen schafft, die notwendig sind, damit sich ein geregelter Betrieb entwickeln kann. Das scheint nach unseren bisherigen Erfahrungen nicht der Fall zu sein, wie auch die folgende Zuschrift beweist:

Wer glaubte, daß der neue Fahrplan ab 1. Juni d. J. Verkehrs-„verbesserungen" oder „Erleichterungen" dem Publikum bringen sollte, ist jetzt noch fast vierwöchiger praktischer Durchführung des „Reformwerks" arg enttäuscht. Also nachmittags, während des stärksten Verkehrsandrangs, wo dichte Massen von Angestellten und Arbeitern nach Arbeitsleistung zur Heimfahrt zum Bahnhof eilen, läßt man zur Bewältigung dieses Andrangs nach der Richtung Neukölln 4,37 einen natürlich vollständig überfüllten Zug fahren, um dann erst nach 20 Minuten — nämlich um 4,57 — einen weiteren Zug folgen zu lassen. Der letztgenannte Zug, der 15 Minuten vor offiziellem Abgang auf dem Potsdamer Ringbahnhof steht, ist natürlich vollständig überfüllt. Was für widerliche Szenen sich täglich auf den Zwischenstationen Schöneberg, General-Pape-Straße und Tempelhof abspielen, ist unbeschreiblich. Also Einlegung eines weiteren Zuges um 4,47 vom Potsdamer Ringbahnhof (Richtung Neukölln) ist unbedingt und sofort erforderlich. — Ferner wäre es angebracht, die vollständig unzulänglichen Fahrkartenkontrollen in den Berufsverkehrsstunden auf dem Potsdamer Ringbahnhof und Hermannstraße vollständig durch Kontrollpersonen zu besetzen. Der vierte Ausgang des Bahnhofs Hermannstraße, der zurzeit mit Brettern kunstgerecht vernagelt ist, müßte natürlich erst freigemacht werden.

## Der Bannkreis um das Reichstagsgebäude.

Mit dem Zusammentritt des neuen Reichstages gewinnt das Gesetz über die Befriedung des Reichstagsgebäudes vom 8. Mai 1920 erhöhte Bedeutung. Nach dem Gesetz dürfen innerhalb des befriedeten Bannkreises Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge nicht stattfinden. Für die Uebertretung des Verbotes sind ziemlich erhebliche Strafen angedroht. Der befriedete Bannkreis ist von der Reichsregierung durch eine Linie umgrenzt worden, die vom Großen Stern zum Lützowplatz, von dort zum Halleschen Tor, vom Halleschen Tor die ganze Friedrichstraße hinunter bis zur Karlstraße und von dort längs des Kronprinzenufers zum Großen Stern zurückführt.

**Allgemeine Funktionärkonferenz der S.P.D.**

**am Freitag, den 25. Juni, abends 6 Uhr, im Patzenhofer-Ausschank (Bockbrauerei), Fidicinstr. 2/3.**

Tagesordnung:

**Die neue Regierung und unsere Partei.**

Referenten: **Eduard Bernstein** und **Hugo Heimann.**

**Die Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Angestellten und Beamtenvertreter werden ersucht, vollzählig anwesend zu sein.**

Mitgliedsbuch und Ausweiskarte legitimiert.

**Der Bezirksvorstand.**

## Zwei neue Raubüberfälle.

Die Raubüberfälle in Groß-Berlin häufen sich in erschreckendem Maße. So wurde ein schwerer Raubüberfall gestern nachmittag in der 39. Brotkommission am Görlitzer Ufer 2 verübt. Nach Schluß der Brotkommission war der Hilfsbeamte Walter Böttcher noch mit dem Sortieren von Karten beschäftigt. Plötzlich erschienen zwei Männer, und ohne etwas zu sagen, stürzten sich beide auf den ahnungslosen Böttcher, versetzten ihm wuchtige Stöße, daß er zu Boden schlug, knebelten ihn und würgten ihn, um ihn am Schreien zu hindern. Die beiden Räuber stahlen dann Lebensmittelkarten aller Art, die für 15 Häuser fertiggestellt waren, und entflohen, ohne daß sie ergriffen werden konnten. Später wurde Böttcher besinnungslos aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht.

Ein zweiter Raubüberfall wird aus der Mohstraße gemeldet. In der Wohnung eines Herrn v. Dombrowski in der Mohstraße 8 erschienen zwei Männer bei der Wirtschafterin, die sich allein in der Wohnung befand, und sagten, sie kämen von Herrn v. Dombrowski und sollten sich Teppiche ansehen. Die Wirtschafterin, Fräulein Reinhold, ließ sie eintreten, als plötzlich beide über sie herstürzten und sie knebelten. Die Räuber entkamen mit 5 Perserteppichen und einer grauen Sammetdecke, die mit silbernen Störchen gestickt ist, unbemerkt.

**Fritz Felgentreff**, einer unserer ältesten Berliner Parteigenossen, der vor allen Dingen unter dem Sozialistengesetz im ersten Kreis seinen Mann stand und Stein auf Stein zum Bau des stolzen Gebäudes unserer Partei herbeitrug, ist am Sonntag im Alter von 74 Jahren an den Folgen einer Leistenbruchoperation verschieden. Am Freitag 12 Uhr wird sein Leichnam im Krematorium in der Gerichtstraße den Flammen übergeben. — Ruhe sanft, Du wackrer Streiter! Wir werden Deiner stets in Dankbarkeit gedenken und nach Deinem Vorbild unerschrocken weiter kämpfen bis zum endgültigen Siege!

**Keine Soldatenbriefe mehr.** Vom 1. Juli ab sind alle auf Grund des Portofreiheitgesetzes von 1869 bestehenden Gebührenfreiheiten und Vergünstigungen aufgehoben. Dazu gehören auch die Vergünstigungen für Sendungen an Angehörige des Soldatenstandes und der Marine, die künftig den vollen Gebührensätzen unterliegen.

**Das Lebensrätsel einer Geretteten.** Am 27. Februar stürzte sich an der Bendlerbrücke ein junges Mädchen in die Spree. Es wurde gerettet und in ein Krankenhaus gebracht. Aber niemand war imstande, etwas aus dem Mädchen über ihren Namen und ihre Vergangenheit herauszubekommen. Es schwieg beharrlich und hüllte sich dauernd in den dunklen Mantel eines unergründlichen Geheimnisses. Zur Beobachtung ihres Geisteszustandes wurde das Mädchen dann nach der Irrenanstalt Dalldorf gebracht. Der Erkennungsdienst des Polizeipräsidiums hat sich bisher vergeblich bemüht, ihre Persönlichkeit festzustellen. Das Mädchen ist etwa 1,60 m groß und schlank und hat dunkelbraunes Haar und blaue Augen und lückenhafte Zähne.

**Ein städtisches Fuhrwerk**, mit 80 Zentner Hafer beladen, wurde vor dem Hause Alt-Moabit 134 gestohlen. Der grau-grün gestrichene Kastenwagen war bespannt mit einer schwarzbraunen Stute und einem Fuchswallach mit Blende und 30 Zentimeter langer Narbe auf der linken Hüfte. Der Wagen trug links die Adresse des Landwirts Maretscheck, Buckow. Für die Wiederbeschaffung des Gespanns einschließlich Ladung, das einen Wert von 40—50 000 M. repräsentierte, hat der Magistrat Neukölln eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt.

**Beschlagnahmte Sparguthaben in Elsaß-Lothringen.** Nach einer vom Reichsminister für Wiederaufbau erlassenen Bekanntmachung sind Geldforderungen, die die in Elsaß-Lothringen beschlagnahmten Sparguthaben betreffen — also nicht etwaige Ansprüche auf Herausgabe oder Lieferung von Sachen, insbesondere nicht Ansprüche auf Herausgabe oder Lieferung von Wertpapieren und sonstigen Urkunden —, umgehend bei der zuständigen Stelle des Reichsausgleichsamtes anzumelden.

**Musikalisches Johannisfest.** Für das heute in dem Konzertgarten „Zum Patzenhofer" (Fidicinstraße) stattfindende Konzert mit dem Blüthnerorchester hat Kapellmeister C. Giebel ein dem Johannistag entsprechendes Programm zusammengestellt. Eine besondere Vergünstigung erhalten an diesem Abend alle dem Buchdruckergewerbe angehörigen Angestellten mit ihren Familienmitgliedern, die an diesem Abend nur 1 M. (und 10 Pf. Steuer) Eintritt zu bezahlen brauchen.

**Republikanischer Führerbund.** Ortsgruppe Charlottenburg. Heute 7 Uhr: Bezirksversammlung Tegeler Weg 5 bei Siether.

**Verband sozialistischer Lehrer.** Freitag um 6 Uhr Sitzung. Hinter der Garnisonkirche.

**Das 2. Städtische Volks-Sinfoniekonzert des Blüthner-Orchesters** findet am Freitag, abends 7½ Uhr, in der Berliner Bockbrauerei, Fidicinstr. 2/3, statt. Karten sind zu haben im „Vorwärts", Lindenstr. 2.

## Groß-Berliner Lebensmittel.

**Milchbelieferung.** Von heute ab wird auf die ½-Liter-Krankenkarte ½ Liter Vollmilch verabfolgt. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher.

**Tegeltz.** Von heute bis zum 26. d. Mts. finden folgende Verteilungen statt: 400 Gramm Weizenkuchenmehl, 125 Gramm Maismehl, 250 Gramm Teigwaren.

**Die Wohnungssorgen der Gemeinde Friedrichshagen.** Ueber die bisherige Tätigkeit des Wohnungsamtes und die Lage des Wohnungsmarktes berichtete in der Friedrichshagener Gemeindevertretung der Schöffe Genosse Hecker. Im Berichtsabschnitt betrug die Zahl der gesuchten Wohnungen in Friedrichshagen 640. Das Angebot an Wohnungen war demgegenüber so gering, daß noch 400 Wohnungsbedürftige am Ort verblieben, deren Bedürfnis auf absehbare Zeit nicht befriedigt werden kann. Drei Wohnungen mußten sogar wegen ihres Zustandes beanstandet werden und 17 Wohnungen sind als gesundheitsschädlich moniert. Durch Abtrennung kleiner Wohnungen von größern könnten im kommenden Halbjahr noch 25 Wohnungen geschaffen werden. Dann sind das aber immer noch Wohnungen, die nicht als einwandfrei angesehen werden können. Man müsse den Blick auf Neubauten richten. Die Bauausführungen im vorigen Jahre (die Reinen Siedlungshäuser) hätten sich als Nieten erwiesen. Sie ließen sich schwer an den Mann bringen, denn für Anspruchsvollere seien sie zu wenig komfortabel und für die kleinen Leute, für die sie gedacht seien, wären sie zu teuer. Der Gemeindevorstand glaube, daß nur Hochbauten helfen könnten. Der nächsten Sitzung werde deshalb ein größeres Projekt, nämlich die Errichtung eines Gebäudes mit etwa 40 Wohnungen, vorgelegt werden. Herausgestellt habe sich noch, daß ein größerer Teil Wohnungen in einem Zustande sei, der nicht mehr mit angesehen werden kann. Es gäbe Kellerwohnungen, die naß seien und wo der Fußboden so schlecht sei, daß die Leute mit den Möbeln durchbrechen. Es müsse versucht werden, solche Wohnungen in einen einigermaßen bewohnbaren Zustand zu versetzen. Das werde sich am leichtesten durch Gewährung von Gemeindebeihilfen durchsetzen lassen. Deshalb stelle der Gemeindevorstand den Antrag, in solchen Fällen, wo gesundheitsschädliche Wohnungen durch größeren Ausbau verbessert werden können, einen Zuschuß aus Gemeindemitteln zu gewähren. Diesen Antrag nahm die Gemeindevertretung an. Ferner wurde beschlossen, von der strengen Durchführung der Wohnungsordnung, mit Ausnahme der §§ 14 bis 19, mit Rücksicht auf die Wohnungsnot auf die Dauer eines Jahres zu verzichten. Der Gehaltsaufbesserung der Angestellten nach Berliner Muster stimmte die Gemeindevertretung zu, ebenso dem erweiterten Mitbestimmungsrecht. Zur Frage der Besoldungsreform für die Beamten wird beschlossen, sich nach den bevorstehenden Berliner Beschlüssen zu richten und Vorschüsse bis zu 1000 M. zu geben. Für Notstandsarbeiten wurden 43 100 M. bewilligt. Dafür soll der südliche Teil der Promenade der Friedrichstraße ebenso befestigt werden wie der nördliche und eine Aufschüttung der Seitenwege der Kolonie Wiesengrund erfolgen. Den fürsorgebedürftigen Kriegerwitwen wurde eine sofortige außerordentliche Beihilfe von 100 M. und jeder Kriegerwaise eine solche von 50 M. bewilligt. Der Tarif für die Gemeindefähre wurde um 100 Proz. erhöht, so daß der Preis für das Uebersetzen von Personen nunmehr 20 Pf. betragen wird.

**Tegel. Gemeindevertretersitzung.** Die Erhöhung des von den Banken eingeräumten Kredits wurde beschlossen, da infolge des fehlenden Eingangs der Steuern Einnahmen nicht vorhanden sind; ebenso wurde dem Wirtschaftsamt der Kredit auf 2 Millionen Mark erhöht. Der Bürgermeister ging dann auf die Angriffe der bürgerlichen Tegeler Blätter und der Deutschnationalen Partei ein, die als Wahlmache zu betrachten seien. Es war behauptet worden, es herrsche eine große Mißwirtschaft in der Tegeler Verwaltung. Der Jahresabschluß balanziere in Einnahme und Ausgabe. Ebenso erfordere das Wirtschaftsamt keinen Zuschuß, sondern bringe einen Ueberschuß. Der Bürgermeister betonte weiter die Schwierigkeiten des Einkaufens in der jetzigen Zeit und wies darauf hin, daß dabei auch Verluste entstehen können. Die anderen Vorwürfe wurden ebenfalls als vollständig unberechtigt von den Vertretern aller Parteien erklärt. Der Einreihung der nicht ständig Angestellten in den neuen Vergütungstarif wurde zugestimmt. Die Gehälter der Beamten, ständig Angestellten und Lehrkräfte sollen nach den vom Reich beschlossenen Sätzen gezahlt werden nach den Vorschlägen der Zwölferkommission. Die U. S. P. wandte sich dagegen, daß als Teurungszulage 50 Proz. des Gehalts gelten soll, da dies unsozial sei; sie beantrage für alle Klassen gleiche Teuerungszulagen. Der Vorlage wurde zugestimmt, die Regelung der Teuerungszulagen wurde aber an die Kommission zurückverwiesen, zur beschleunigten Beratung. Ueber die Tätigkeit des Arbeiterrats wurde Bericht erstattet und beschlossen, die Institution in bisheriger Weise beizubehalten. Für die Ferienwanderungen wurden 12 000 M. bewilligt. Dem Zoologischen Garten werden 1500 M. gezahlt gegen freien Eintritt der Schulkinder und der Besucher des Jugendheims. Das Urheberrecht der „Geschichte Tegels" von Herrn Wiedholz für 5000 M. zu erwerben wurde beschlossen, die Sache aber nochmal der Kommission überwiesen. Da die Volksküche jetzt zu große Zuschüsse erfordert, wird die Schließung zum 1. Juli beschlossen. Für das Freibad am Tegeler See werden die Mittel bewilligt. Es soll verlegt und noch vor Beginn der Ferien eröffnet werden.

# Wirtschaft

## Zur Bedarfsdeckungswirtschaft.

Die sich häufig wiederholenden Gewaltakte der Verbraucher dem Handel und den Kommunalverwaltungen gegenüber wegen der unerträglichen Verteuerung der Lebensunterhaltsmittel sollten eigentlich den Vertretern des freien Handels zu denken geben und ihnen offenbaren, daß der Druck zu größeren Explosionen sich überraschend steigern kann. Die Gewaltakte richten sich gegen die der Zwangsbewirtschaftung nicht unterworfenen Waren, bei denen die Marktpreise nicht mehr Produktionskostenpreise, sondern Monopolpreise sind, deren Höhe allein durch die Kaufkraft begrenzt ist, wie z. B. die Preise für Eier und Obst.

Unser heutiges Verkaufssystem, wie es im freien Einzelhandel und auch bei den Konsumvereinen besteht, kennzeichnet sich dadurch, daß der Verkäufer den Bedarf der Käufer nicht übersehen kann, und zwar deshalb, weil die Verkäufer keine feste Kundschaft haben oder, selbst dort, wo sie sie haben, wie beim Konsumverein, dieser doch nicht weiß, in welchem Umfang und was die Mitglieder kaufen werden. Wenn man dagegen in einzelne Fabrikations- und Handelszweige sieht, so zeigt sich hier ein anderes Bild. Eine Hutfabrik z. B. bringt für die Winter- oder Sommersaison neue Modelle heraus. Diese legt sie den Händlern vor und sammelt die Aufträge. Auf Grund der vor

liegenden Aufträge setzt dann die Erzeugung ein. Aehnliches geschieht auf den Messen, wo die Muster gezeigt und auf Grund derselben die Aufträge erteilt werden. Während also hier Kundenproduktion oder Kundenhandel vorliegt, ist Der Absatz des Kleinhandels, auch der Konsumvereine, in sehr hohem Maße unübersehbar und beruht auf Schätzung und Spekulation.

Der Einzelhandel greift zum Mittel der Reklame, um mit ihr die eingekauften Waren zu verschleißen, gegebenenfalls die Warenreste unter Preis zu verschleudern. Das hierin liegende Risiko muß der Käufer selbstverständlich mitbezahlen.

Es ergibt sich nun die Frage, ob es nicht technisch möglich ist, diese Kundenwirtschaft oder echte Bedarfsdeckungswirtschaft und ihre sehr erheblichen Vorteile auch im Einzelhandel zur Geltung zu bringen.

Warum sollte nicht z. B. ein Konsumverein an seine Mitglieder herantreten und sie auffordern, ihren voraussichtlichen Jahresbedarf anzugeben, z. B. je Mitglied x Männer- und Frauenhemden, 7 Paar Strümpfe, Regenschirme usw. Wenn auf diesem Wege der Konsumverein erfährt, daß 10 000 Mitglieder z. B. je einen Regenschirm benötigen und zu kaufen sich verpflichten wollen, so kommt der Verein, der heute ein Lager für unbekannten Bedarf unterhält, in die Lage, einen Abschluß auf 10 000 Regenschirme, oder sonstige Bedarfsartikel direkt mit einer Fabrik machen zu können. Es ist meines Erachtens ein großer Fehler, daß die Konsumgenossenschaften für ihre Eigenbetriebe diesen Weg der planmäßigen, der Bedarfsanmeldung entsprechenden Produktion noch nicht beschritten haben.

Nun schwanken allerdings innerhalb eines Jahres die Preise für Rohstoffe, die Löhne und sonstigen Kosten, und es wird sich zeigen, daß Waren, die anfangs des Jahres hergestellt sind, sich billiger oder teurer stellen als die, die am Schluß des Jahres erzeugt werden.

Darin liegt ja aber gerade die große Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Organisation, daß ein Ausgleich sich feststellen läßt und Ueberschüsse allen Mitgliedern wieder zugute kommen.

Voraussetzung ist allerdings für ein solches System, daß die Leitung der Konsumvereine in den sachverständigsten Händen liegt, die in der Lage ist, die Preisentwicklung der Rohstoffe richtig zu überblicken. Aber gerade dann, wenn durch solche großen Abschlüsse dauernde Beschäftigung der Fabriken gesichert wird, ergibt sich die Möglichkeit zur Berechnung von Mittelpreisen.

Unsere Konsumvereinsbewegung ist trotz ihres gewaltigen Umfanges noch technisch sehr verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig. Lebhafte Klagen werden laut insbesondere über die Behandlung der Kunden seitens des Personals, das es an freundlichem Entgegenkommen und sichtbarem Interesse für die Berücksichtigung einzelner Wünsche sehr fehlen läßt. Die Einführung von Umsatzprämien könnte hier vielleicht helfen, das Verkaufspersonal anzuspornen, weil der sozialistische Geist noch ungenügend entwickelt ist.

Zu wünschen ist auch eine Kokurrenz der Konsumvereine am gleichen Ort, nicht nach privatkapitalistischen Vorbildern, sondern als Idealkonkurrenz zur Anspornung der Vereine zu höchsten Leistungen.

Vielleicht nehmen die Konsumvereine, auch andere Praktiker des Geschäftslebens zu dieser ungemein wichtigen Frage Stellung, damit wir den besten Weg finden, um die Gütererzeugung und -verteilung zu verbilligen. Dr. A. Striemer.

### Zur Verstaatlichung des Kohlenbergbaues in Sachsen.

Wir entnehmen der „Post" folgende Ausführungen:

„Die sächsische Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der dem Gesamtministerium das Recht erteilt, private Kohlenbergwerke zu verstaatlichen, wenn dies notwendig ist, um den Abbau angrenzender staatlicher Kohlenwerke rentabel zu machen. Diese Nachricht ist geeignet, dem Gesetzentwurf eine Seite zu geben, die in ihm nicht enthalten ist. Der gedachte Entwurf, den das sächsische Finanzministerium ohne Zutun des Wirtschaftsministeriums ausgearbeitet hat, besagt in § 1:

Der Staat ist befugt, zum Wohle der Allgemeinheit das Eigentum an Stein- und Braunkohlenbergwerken, soweit sie im Gebiete des Landes Sachsen gelegen sind, gegen angemessene Entschädigung zu übernehmen.

Und in § 10:

Ob die Uebernahme eines Bergwerkes durch den Staat zum Wohle der Allgemeinheit geboten ist, stellt auf Antrag des Finanzministeriums das Gesamtministerium fest.

Damit ist alles gesagt, und es braucht auf die sonstigen Bestimmungen hier nicht eingegangen zu werden. Einmal wird das Allgemeinwohl in § 1 in den Vordergrund gerückt, in § 10 dann aber unverhohlen zum Ausdruck gebracht, was die Herren im Finanzministerium bezwecken. Raub ist es, nichts wie Raub am Privatunternehmertum, das mit vieler Mühe und emsiger Arbeit zwar nicht die Hunderte von Millionen gleich dem sächsischen Staate ausgegeben hat, dafür aber Anlagen geschaffen, die heute dem Wirtschaftsleben Millionen von Tonnen Brennstoff zuführen, was bekanntlich der sächsische Staat noch nicht zuwege gebracht hat. Leider waren die Väter des Gesetzes in der vom Wirtschaftsministerium einberufenen Besprechung nicht anwesend, aber die Ohren dürften ihnen doch geklungen haben. Einmütiger ist wohl selten eine Vorlage abgelehnt und als wirtschaftsfeindlich wie diese bezeichnet worden. Seitens eines Redners wurde ausgeführt, daß Sachsen seit 1911 nach und nach 85 Millionen Mark (ohne Zinsen) zum Erwerb von Braunkohlenfeldern ausgegeben habe, ohne bis heute auch nur eine Tonne Kohle freigelegt oder gefördert zu haben. Hätte man die Privatindustrie sich betätigen lassen, dann würden heute in Sachsen verschiedene große Werke neu dastehen, die der darbenden Industrie die benötigten Brennmaterialien liefern könnten. Die bergbauliche Abteilung im Finanzministerium möge erst mal den Befähigungsnachweis dafür erbringen, daß sie halbwegs so gut Bergbau treiben könne, wie der Privatunternehmer, von Besserkönnen wolle man gar nicht reden. Wenn man den Befähigungsnachweis etwa mit dem staatlichen Werk Hirschfelde glaube erbracht zu haben, so sei es in Fachkreisen kein Geheimnis, daß die daselbst investierten etwa 100 Millionen ziemlich nutzlos verpulvert worden seien.

Hat aber die Regierung die obige Nachricht veranlaßt, so spricht diese Mitteilung für die staatliche Fähigkeiten Bände. Nachdem es also dem Staat glücklich gelungen sein wird, ein Werk aufzumachen, so setzt er schon voraus, daß es nicht rentiert, und um es rentabel zu machen, will er das Recht haben, ein benachbartes Privatwerk, das doch jedenfalls rentiert, zu sozialisieren, um sein eigenes Werk rentabel zu gestalten — oder, wie Fachkreise meinen, nun in Kürze beide Werke unrentabel zu machen."

Das sächsische Ministerium wird zu dieser Kritik vermutlich Stellung nehmen. Daß der Staat mit seinem veralteten Verwaltungssystem nicht geeignet ist, wirtschaftliche Arbeit mit dem höchsten technischen Nutzeffekt zu leisten, ist wohl bekannt. Auch die Sozialisierungskommission hatte ja die Verstaatlichung des Bergbaues abgelehnt. Es gibt aber doch andere Formen für die Gemeinwirtschaft, die dem Wirtschafts- oder Betriebsführer ein hohes Maß von Selbständigkeit sichern, um die höchste Wirtschaftlichkeit zu erreichen, ihn andererseits von der Fessel frei machen, nur die Interessen der beteiligten Kapitalisten vertreten zu müssen, die schroff im strikten Gegensatz zu den lebenswichtigsten Interessen der Volksgesamtheit stehen.

Aufgabe der zurzeit tagenden Sozialisierungskommission wird es sein, jene zeitgemäße Form für die gemeinwirtschaftliche Produktion zu finden.

### Zum Abbau der Lederpreise.

Der Zentralverein der Deutschen Lederindustrie hat folgende Entschließung angenommen:

„Die am 18. Juni 1920 in Leipzig tagende außerordentlich zahlreich besuchte Hauptversammlung erklärt, daß die deutsche lederherstellende Industrie nach wie vor bereit ist, die Lederpreise so zu gestalten, wie sie sich aufbauen auf den jeweiligen Weltmarktpreisen der Rohwaren und des fertigen Leders, und zwar ohne Rücksicht auf die in den Betrieben befindlichen wesentlich teueren Bestände. Die Versammlung befindet sich damit im Einvernehmen mit einem Beschluß der Fachgruppe Lederherstellung in der Reichsarbeitsgemeinschaft der Lederwirtschaft. Der Zentralverein der Deutschen Lederindustrie erhofft, daß auch die lederverarbeitende Industrie und der Handel sich diesen Gesichtspunkten anschließen werden. Wenn sich alle Kreise der verarbeitenden Industrie und des Handels den Grundsatz des Zentralverbandes der Deutschen Lederindustrie vorbehaltlos und sofort zu eigen machen, erhofft die Mitgliederversammlung des Zentralvereins dadurch eine Hebung der Kauflust des Publikums und damit eine Wiederbelebung der Beschäftigung aller Betriebe der Lederwirtschaft."

Am Schlusse der mehrtägigen Verhandlungen hielt Professor Dr. Paßler-Freiberg einen interessanten Vortrag über den Anbau von Edelkastanien in Deutschland im Interesse der Gerbstoffgewinnung. Der Vortragende hat durch Versuche festgestellt, daß die Edelkastanie ein ähnliches Gerbstoffprodukt wie die Eichenrinde ergibt. Es sollen deshalb die forstlichen Kreise zu dem Anbau von Edelkastanien veranlaßt werden.

**Die Krisis in der Offenbacher Lederwarenindustrie** spitzt sich immer mehr zu. Wie uns aus Frankfurt gedrahtet wird, arbeiten die Arbeiter nur noch 24 Stunden. Es sind Streitigkeiten darüber entstanden, ob den Arbeitern die ausfallenden Arbeitsstunden entschädigt werden sollen. Die Unternehmer weigern sich dessen. Die Angelegenheit ist nunmehr den jetzigen Tarifverhandlungen in Berlin unterbreitet worden.

**Die Bewegung der Hopfenpreise.** 50 Kilogramm Hopfen kosteten in Nürnberg die verschiedenen Sorten einer Qualität im Monatsdurchschnitt:

| | | | |
|---|---|---|---|
| September 1919: | 626—823 M. | Dezember 1919: | 2703—2830 M. |
| Oktober 1919: | 1060—1162 „ | Januar 1920: | 3371—3408 „ |
| November 1919: | 2106—2196 „ | | |
| ferner | | | |
| am 1. Februar 1920: | 4450—4500 M. | am 1. Mai 1920: | 5400—5500 M. |
| am 1. März 1920: | 7100—7250 „ | am 1. Juni 1920: | 5250—5750 „ |
| am 1. April 1920: | 6000—6250 „ | | |

### Die Drohungen der Fleischermeister.

Der Brandenburgische Bezirksverein im Deutschen Fleischerverbande hat folgende Entschließung angenommen:

**Der Zusammenbruch der jetzigen Fleischversorgung ist nicht mehr aufzuhalten.** Während durch die amtlichen Verteilungsstellen den Verbrauchern zeitweise gar kein frisches Fleisch zugeteilt werden kann, wird im Schleichhandel Fleisch in großen Mengen angeboten. Der Bezirksverein Brandenburg steht einmütig hinter der Forderung des deutschen Fleischerverbandes auf Aufhebung der Zwangswirtschaft bis 15. August d. J. Auch protestieren die heute versammelten Fleischermeister der Provinz Brandenburg und Vertreter der Landwirtschaft entschieden gegen jeden Versuch, durch Umgestaltung der Fleischversorgung die Zwangswirtschaft zum Schaden der Allgemeinheit, der Landwirtschaft und des Fleischergewerbes beizubehalten. Die Fleischer verlangen für ihr Gewerbe die ihnen durch Gesetz zustehende Gewerbefreiheit. Sollte dieser Forderung nicht stattgegeben werden, so zwingt man sie, zur Selbsthilfe zu greifen und die bestehenden Bestimmungen für Vieh und Fleischwaren unbeachtet zu lassen."

Die Fleischermeister sollten die Drohungen wohl besser unterlassen, denn die Unzufriedenheit der unbemittelten Massen, die heute kaum die Kartenpreise erschwingen können, steht auf Siedehitze! Daß die kommunale Bewirtschaftung ein wenig befriedigendes System darstellt, mag zugegeben werden, aber solange nicht ein körperschaftlicher Zusammenschluß des Gewerbes vorliegt, der nach dem Grundsatz „Großer Umsatz — kleiner Nutzen" zu arbeiten vermag, ist die Zwangswirtschaft gegenüber der freien Wirtschaft **das viel kleinere Uebel.**

**Deutsch-englischer Handel.** Wie „Telegraaf" aus London meldet, belief sich der Wert der deutschen Ausfuhr nach England im Februar, März und April auf 5 400 000 Pfund Sterling, Englands Ausfuhr nach Deutschland betrug in der gleichen Zeit 5 400 000 Pfund Sterling. In der Vorkriegszeit waren Deutschland und England bekanntlich gegenseitig die besten Kunden.

## Soziales.

### Einigung zwischen Aerzten und Krankenkassen.

Die am 21. Juni im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Streitigkeiten der Kassenärzte mit den Krankenkassen stattgefundenen Verhandlungen haben zu einer völligen Uebereinstimmung geführt. Die beiderseitigen Organisationen werden die nötigen Weisungen ergehen lassen, wann der vertragslose Zustand aufzuheben ist.

### Maschinen ohne Schutzvorrichtungen?

Vor uns liegt der Bericht über die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft vom Jahre 1919. Wir haben schon in den Vorjahren auf diese Berichte hingewiesen, denn der Verfasser, Herr Oberingenieur Urban-Berlin, zeigt ein soziales Verständnis auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Unfallverhütung, das zeigt auch, daß in dem Berichtsjahr allein 8557 Anordnungen getroffen worden sind.

Es sind in dieser Berufsgenossenschaft, der 40 365 Betriebe angeschlossen sind, 2786 Betriebe revidiert worden. Unfälle sind angemeldet 6584, davon waren 61 mit tödlichem Ausfall zu verzeichnen. Wenn auch die Unfälle Wage halten mit 1918, so muß jedoch bemerkt werden, daß im Berichtsjahre ganze Industrien wegen Rohstoff- und Kohlenmangel längere Zeit stillgelegen haben. Leider muß deshalb von einem Anwachsen der Unfälle gesprochen werden.

In dem Bericht heißt es u. a.: Der Verkehr mit den Betriebsunternehmern wickelt sich im allgemeinen in angemessener Form ab. In einigen Fällen haben die Beamten bei Betriebsrevisionen über ablehnendes und ausfallendes Verhalten von seiten der Betriebsunternehmer zu berichten gehabt. In einem Falle wurde dem Berichterstatter der Zutritt zu dem Betriebe der Keksfabrik in Schötmar i. Lippe während der Arbeitszeit verweigert. Trotz wiederholten Anrufens des zuständigen Versicherungsamtes in Schötmar, den Betriebsunternehmer zur Pflichterfüllung anzuhalten, hat das Versicherungsamt dem Antrag nicht nur nicht stattgegeben, es hat dem Berichterstatter überhaupt keine Antwort erteilt. Man mußte sich deshalb erst beschwerdeführend an die Reichsgetreidestelle wenden, um die Freigabe des Betriebes zwecks Revision durch die Berufsgenossenschaft vornehmen zu können.

Es ist aber auch kaum begreiflich, wie weltfremd Behörden und Gerichte der Materie der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungen gegenüberstehen. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß der Berichterstatter der Berufsgenossenschaft gefragt wird, ob die Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung sei, ferner ein vernehmender Richter den Berichterstatter frägt, ob die Berufsgenossenschaft ein Konkurrenzunternehmen der beklagten Firma darstelle. Ein weiterer Fall ist auch recht bezeichnend. Ein Bäckermeister wird aufgefordert, an einer Knetmaschine eine Schutzvorrichtung anzubringen, worauf die Berufsgenossenschaft folgende befremdliche Zeilen erhielt: „Der Bäckermeister R. R. hierselbst ist nach seinen Vermögensverhältnisse nicht imstande, die angeforderten Schutzvorrichtungen anzuschaffen. Die Polizeiverwaltung."

Gegen derartige Einmischungen der Verwaltungsbehörden muß die schärfste Verwahrung eingelegt werden. Wenn der Bäckermeister, der einen Gesellen und zwei Lehrlinge in seinem Betriebe beschäftigt, den gesetzlichen Vorschriften über „Arbeiterschutz und Unfallverhütungen" aus pekuniären Gründen nicht nachkommen in der Lage ist, muß er seinen Betrieb schließen. Es ist nicht Sache der Polizeiverwaltung, dem ungesetzlichen Zustande das Wort zu reden.

Der Berichterstatter nimmt im Berichtsjahre wiederum Veranlassung, an das zuständige Oberversicherungsamt und das Reichsversicherungsamt die Bitte zu richten, Beschwerden von Betriebsunternehmern, die wegen Vergehen gegen die Unfallverhütungsvorschriften von der Berufsgenossenschaft bestraft worden sind, im beschleunigten Verfahren zur Entscheidung zu bringen. Es macht sich notwendig, daß die über die Betriebsunternehmer ausgesprochenen Strafen schnellstens vollzogen werden, um eine erzieherische Wirkung auszuüben. Ein Bäckermeister und früherer Reichstagsabgeordneter in Quedlinburg, in dessen Betrieb ein schwerer Unfall wegen nicht genügend geschützter Knetmaschine vorgekommen war, wurde durch eingeschriebenen Brief zur sofortigen Anbringung der Schutzvorrichtung aufgefordert. Der Bäckermeister und frühere Reichstagsabgeordnete hat es nicht für nötig befunden, darauf zu antworten, er wurde deshalb in eine Geldstrafe von 50 Mark genommen. Trotz der Strafverfügung hüllte er sich der Berufsgenossenschaft gegenüber immer noch in Schweigen, er legte aber bei dem zuständigen Oberversicherungsamt Beschwerde über die über ihn verhängte Strafe ein, mit der Begründung, daß er nicht geneigt sei, eine Schutzvorrichtung, weil sie der Arbeit hinderlich sei, anzubringen, im übrigen sei dies Sache der Maschinenfabrik.

Der Gesetzgeber wird sich wohl überlegen müssen, ob nicht eine Verschärfung der betreffenden Bestimmungen für derartiges Vergehen gegen die zum Schutze der Arbeiter erlassenen Unfallverhütungsvorschriften zu erfolgen habe.

**Sozialpolitische Schriften.** Die Buchhandlung Vorwärts hat soeben drei wichtige Schriften herausgegeben, deren Verfasser der bekannte Sekretär des Zentralarbeitersekretariats Hermann Müller und der Postsekretär Willi Steinkopf sind.

Hermann Müller hat einen Kommentar zum Reichsversorgungsgesetz und einen Führer durch das Reichsversorgungsgesetz und das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter herausgegeben. Beide Schriften dürften in Anbetracht ihrer leicht verständlichen Uebersicht und Gliederung der Gesetzesmaterie von den großen Interessentenkreisen aufs freudigste begrüßt werden.

Willi Steinkopf behandelt in einer Schrift die Frage: Was muß der Beamte von dem Besoldungsgesetz wissen?

Die hunderttausende von Beamten können sich durch die Schrift eine klare und erschöpfende Auskunft holen. Der Verfasser gliedert darin die unter die einzelnen Besoldungsgruppen entfallenden Beamtenkategorien und berücksichtigt auch in eingehender Weise die Umstände, unter denen das Gesetz zustande gekommen ist.

## Sport.

**Alamund**, der Ueberraschungssieger im Großen Hansa-Preis, wird am 11. Juli den Großen Preis von Berlin bestreiten. — Endegut ist von einer unbedeutenden Schulterlahmheit befallen, er kann infolgedessen nur leichte Arbeit verrichten. — Der Rennstallbesitzer B. Lindenstaedt verkaufte Friedenstaube, Leichtfuß und Martita an den Leutnant Arnold. — Der Deckhengst Le Mélédore, der auf französischen Rennbahnen 55 502 Frcs., in Deutschland aber nur 2405 M. gewinnen konnte, mußte getötet werden. Le Mélédore, selbst Schimmel, ist der Vater der hübschen Zaida, die allen Grunewaldrennbahnbesuchern bekannt ist.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Heute, 24. Juni:

**Brit.** 7 Uhr im Lehrerzimmer der 1. Gemeinde-Schule Chausseestr. Versammlung aller sozialistischen Elternbeiräte.

**Fredersdorf** (Dahlen). 8 Uhr bei Heine, Schwarzer Weg, Jahlabend. Vortrag und Aussprache über die jüngsten Vorgänge. Abrechnungen.

**Jungsozialistische Vereinigung.** 7½ Uhr im Jugendheim, Nogatstraße 58, Vortrag über Planwirtschaft. — Ortsgruppe 7. 7½ Uhr im Saal der Kurmärkischen Sprechstunde Lindenstr. 3. Textausgabe zu Wilhelm Tell mitbringen. — Abteilung Süden. Lindenstr. 3, Kurmärkische Sprechstunde. 7½ Uhr: Vortrag. 6 Uhr: Erweiterte Arbeitsausschußsitzung. Interessierte Mitglieder willkommen. — Ortsgruppe Lichterfelde. Freitag abend 8 Uhr öffentliche Versammlung in der Aula der Oberrealschule Ringstr. 8. Thema: Die Weltsiedlungsbewegung. Ref. Gen. Pastor Franke. Jedermann ist herzlich eingeladen.

### Morgen, 25. Juni:

**Achtung, Polizeibeamte!** Die für den 25. Juni in Haverlands Festsälen festgesetzte Konferenz der Diener und Vertrauensleute der grünen, blauen und Kriminalpolizei fällt aus. An diesem Tage findet eine allgemeine Funktionärkonferenz der S. P. D. (siehe Inserat vom Mittwoch, den 23. Juni) statt. Wir bitten, diese Konferenz unter allen Umständen zu besuchen.

**7. Abt.** 7 Uhr Zusammenkunft der Bezirksführer zur Abrechnung bei Engelhardt, Friesenstr. 9.

**1., 19.—26. Abt.** 7½ Uhr Sitzung der Sommerfestkommission im Steuerhaus, Landsberger Allee.

**Tempelhof.** 8 Uhr im Lyzeum Tempelhof, Germaniastraße, Elternversammlung aller Gemeindeschulen Tempelhofs.

## Jugendveranstaltungen.

### Heute 8½ Uhr:

**Charlottenburg:** Jugendheim Rosinenstr. 4 (Volkshaus) Mädchenabend. **Lichtenberg:** Jugendheim Münzstr. 18 Mädchenabend. **Neukölln:** Jugendheim Gemeindeschule Niederwaldenstraße. Vortrag: Der Wert der Bildung. **Stralauer Viertel:** Jugendheim Jugendklubzimmer der 229. Gemeindeschule, Naunynstr. 3. Vortrag: Die Gesetze der proletarischen Jugendbewegung. **Schönhauser Vorstadt I:** Jugendheim Gemeindeschule Sonnenburger Str. 20, Kinderhortzimmer. Vortrag: Volkswirtschaft. **Schönhauser Vorstadt II:** Jugendheim Jugendklubzimmer der 202./208. Gemeindeschule, Pappelallee 41/42. Diskussionsabend: Die letzte Nummer der „Arbeiter-Jugend". **Steglitz-Friedenau:** Jugendheim Gemeindeschulschule Offenbacher Straße Mädchenabend.

## Briefkasten der Redaktion.

**A. K. 85.** Näheres erfahren Sie im Auskunftsbureau, Schöneberger Str. 9. — **Sch.** Gemeinnütziger Bauverein „Kriegerheim", Lichterfelde b. B., Berliner Str. 138.

**Wetterbericht bis Freitag mittag.** Meist bewölkt, veränderlich, etwas kühler, leichte Regenfälle bei mäßigen nordwestlichen Winden.

**Opernhaus.**
**Schahrazade.**
Anfang 7 Uhr.

**Schauspielhaus.**
**Maria Stuart.**
Anfang 6½ Uhr.

**Deutsches Theater.**
7½ Uhr: **Taifun.**
Ab Sonnabend: Gastspiel
**Maria Orska**
Weib und Hampelmann

**Kammerspiele.**
7½: **Leibgardist**
(Alfred Abel, Käte Dorsch).

**Theater des Westens**
**Max Pallenberg:**
7½ Uhr: Goldene Ritterzeit.

**Kleines Schauspielhaus.**
Fasanenstr. 1 (Nähe Bhf. Zoo).
Gastspiel Warberirk.
7½: Moral d. Frau Dulska.

**Großes Schauspielhaus.**
8: Lysistrata (24. Abt., 4. Abd.)
Frt. 8: Lysistrata (25. Abt., 4. A.)

Theater i. d.
**KöniggrätzerStraße**
7 U.: **Geständnis**

**Komödienhaus**
8: D. Reise in die Mädchenzeit.

**Berliner Theater**
½8 Uhr: Der letzte Walzer

**Deutsches Opernhaus**
7 Uhr: **Tosca.**

**Die Tribüne**
8 Uhr: **Bunbury.**

**Friedr.-Wilhelmst. Th.**
7½ Uhr: Evchen Humbrecht.

**Kleines Theater.**
7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie

**Komische Oper**
7.15 U.: Die Frau im Dunkeln

**Lustspielhaus**
7½ Uhr: Der ungetreue Ekkehart

**Metropol-Theater.**
7½ U.: Im weißen Röss'l

**Neues Central-Theater**
7½ U.: Ein seltsamer Fall

**Neues Operettenhaus**
7½ Uhr: Prinzessin Friedl.

**Neues Volkstheater**
7½ Uhr: Die 3 Zwillinge

**Schauburg**
Königgrätzer Str. 121.
7 Uhr: Otto Härting in
Eine nette Bekanntschaft.

**Schiller-Theat. Charl.**
7½ U.: 2×2=5.

**Thalia-Theater**
7½ Uhr: Ihre Hoheit die Tänzerin

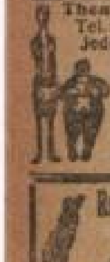
**Th. am Nollendorfplatz**
7½ U.: Eine Nacht im Paradies
mit Molly Wessely.

**Theater i. d. Alt. Jakobstr.**
7½ U.: Die verschwund. Pauline.

**Wallner-Theater**
7.15 Uhr: Der flieg. Holländer

**Walhalla-Theater.**
7½ Uhr: **Kasernenluft.**

**Winter-Garten**
Täglich 7.15 Uhr:
**Varieté-Spielplan**
Rauchen gestattet!



**Theater a. Kottbus. Tor**
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7½ Uhr:
**Elite-Sänger.**
Horst, Ruselli,
R. Schrader, Riess
Schubert usw.
Blüthgen-Konzert.
Vorvk. 11-1½, 4-6 U.

**Reichshall.-Theater**
Täglich 7½ Uhr:
**Stett. Sänger.**
Varieté
Dönhoff-Brettl
Garten u. Saal.
Anf. 6½, Sonnt. 5

**Apollo**
7½ Theater 7½
Direkt. James Klein.
**Letzte Tage!**
**Natura-**
listisch-phantastisch.
**Ballett**
Varieté-Gastspiel
**Franz Groß**
v. Theat. d. Westens
8 welt. Sensationen

**Sommer-Theater**
**„Groß-Berlin“**
vorm. Kliem, Hasenheide.
Donnerst. 8: Sens.-Schausp.
Krone und Fessel.
Das Ende ein. Königskrone.
Freitag 8: Försterchristel.
Ab 8½ Spezialitäten.
Kasse vorm. 10-1 u. ab 3 U.

**Volksbühne**
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: Eine Landpartie.
Verwickelte Geschichte.

**Lessing-Theater.**
Sommerspielzeit
Allabendlich 8 Uhr:
**LeopoldineKonstantin**
in **D. Glas d. Jungfrau**

**Deutsches Künstler-Theater**
Allabendlich 7½ Uhr:
**Die bessere Hälfte**
mit Max Adalbert.

**Trianon-Theater.**
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 7½ Uhr:
**Maskerade.**

**Residenz-Theater.**
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich ½8 Uhr:
Paul Wegener u. Olga Limburg in
**Die Raschhoffs**

**Friedr.-Wilhelmst. Theater**
7½ Uhr: Evchen Humbrecht.
Der große Erfolg.

**Rose-Theater.**
7½ Uhr:
**Schwarzwaldmädel**

**Theater Folies Caprice**
Friedrich-, Ecke Linienstr.
7½ Uhr:
**Flimmer-Klärchen**
Musikalischer Schwank.

**Admirals-Palast**
7½ U.: Flirt in St. Moritz.

Varieté-Café
**Moritzplatz**
Oranienstraße 53-54

Gastspiel
**Harry Walten**
Bruno & Trud
Gebr. Schäffer
und das große
**Varieté-Programm**
4½ bis 7 Uhr: **Tanz-Tee**

**Altmetalle,**
Quecksilber, Stahl, Zinn usw.
höchstzahl. Metallschmelze,
Prinzessinnenstr. 17, Mpl. n. Werth

# Neue Welt
Arnold Scholz — Hasenheide 108/114

Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
**Großes Gala-Parade-Feuerwerk**
außerdem: Konzert :: Vorstellung
Im Riesen-Festsaal: **Großer Ball.**
∴ Die Weinterrasse ist eröffnet! ∴
Anfang 5 Uhr. — Anfang 5 Uhr.

# LUNAPARK
**Sommernachts-Traum**

das Fest zum Besten der „Volksspende für die vertriebenen Auslandsdeutschen“ am **Donnerstag, 24. Juni**

Japanisches Tagfeuerwerk / Große japanische Illumination des Parkes / Groß-Nachtfeuerwerk / 3 Orchester: Metropoltheater-Orchester, Kapellmeister Büha, Luna-Bias-Orchester, Kapellmeister Schlorhorn. 35 Mann Balalaika-Orchester, Leitung Romanoff. Ferner: Extra-Kabarett namhafter Künstler. Kinder-Ballett von Mary Zimmermann. Tanz in Sälen und im Freien.

**Eintrittskarten 10.— Mark**
Ehren- und Freikarten ungültig!
Vorverkauf ab 11 Uhr vormittag Kasse Marmorhaus und Kasse Lunapark.

# Heringsdorf
**See- u. Solbad**
Der von der Natur mit Hochwald am meisten bevorzugte Badeort der Ostsee. — Kurmusik.
Auskunft kostenlos durch die Kurverwaltung oder durch das Gemeindeamt.
**Kurzeit 1. Juni bis 30. September.**

Die Aktionäre der **Schultheiß' Brauerei Actien-Gesellschaft** werden hiermit zu einer

**am Montag, den 12. Juli d. J., vorm. 11½ Uhr,**

im Sitzungssaale der Gesellschaft, Berlin NW., Roonstraße 6, stattfindenden

## außerordentlichen Generalversammlung

ergebenst eingeladen.

**Tagesordnung:**

1. Beschlussfassung über Genehmigung des mit der Patzenhofer Brauerei Aktiengesellschaft abgeschlossenen Verschmelzungsvertrages vom 9. Juni d. J., wonach das Vermögen dieser Gesellschaft als Ganzes, einschließlich des Ergebnisses für das laufende Geschäftsjahr (vom 1. Oktober 1919 bis 30. September 1920), unter Ausschluß der Liquidation auf die Schultheiß' Brauerei Actien-Gesellschaft übergeht und dagegen den Aktionären der Patzenhofer Brauerei Aktiengesellschaft, deren Grundkapital M. 13 200 000,— beträgt, neue Aktien unserer Gesellschaft mit Dividendenberechtigung vom 1. September 1919 ab dergestalt gewährt werden, daß auf je M. 6000,— nom. Aktien der Patzenhofer Brauerei Aktiengesellschaft mit Dividendenscheinen für das vom 1. Oktober 1919 laufende Geschäftsjahr und die folgenden Geschäftsjahre sowie Erneuerungsscheinen je M. 5000,— nom. Aktien unserer Gesellschaft mit Dividendenscheinen für das vom 1. September 1919 ab laufende Geschäftsjahr und die folgenden Geschäftsjahre sowie mit Erneuerungsscheinen entfallen. Außerdem werden auf jede Patzenhofer Aktie zwanzig vom Hundert ihres Nennwertes bar ausgezahlt.
2. Beschlußfassung über Erhöhung des Grundkapitals entsprechend dem Beschlusse zu 1. um M. 11 000 000,— durch Ausgabe von 11 000 auf den Inhaber lautenden Aktien über je M. 1000,— sowie über eine weitere Erhöhung unseres Grundkapitals um eine Million Mark mit halber Dividendenberechtigung für das laufende Geschäftsjahr durch Ausgabe von 1000 auf den Inhaber lautenden Aktien über je M. 1000,— unter Ausschluß des Bezugsrechtes der Aktionäre sowie über die Festsetzung der Einzelheiten der Ausgabe der neuen Aktien.
3. Ermächtigung des Aufsichtsrates, nach Durchführung der Erhöhung des Grundkapitals dem § 5 des Gesellschaftsvertrages durch Einstellung der neuen Ziffer des Grundkapitals die erforderliche neue Fassung zu geben.
4. Beschlußfassung über Aenderung des Gesellschaftsvertrages, und zwar:
   a) Aenderung der Firma unserer Gesellschaft,
   b) Berechtigung der Gesellschaft auch zu Grundstücksveräußerungen,
   c) Ernennung eines Vorsitzenden des Vorstandes mit alleiniger Vertretungsbefugnis sowie stellvertretender Vorstandsmitglieder,
   d) Regelung der Zeichnungsberechtigung derjenigen Prokuristen, welchen vom Aufsichtsrat die Stellung als stellvertretender Direktor oder vom Aufsichtsrate die Vollmacht übertragen ist, auch mit einem anderen Prokuristen die Firma verbindlich zu zeichnen,
   e) anderweitige Festsetzung der Mindest- und Höchstzahl für die Mitglieder des Aufsichtsrates sowie für seine Beschlußfähigkeit,
   f) Neuregelung der Stellvertretung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates,
   g) Feststellung, daß der Anteil am Jahresgewinn auch die Vergütung für die Tätigkeit eines Aufsichtsratsmitgliedes bildet, welches in der Zeit vom Ende des Geschäftsjahres bis zum Schluss der ordentlichen Generalversammlung desselben ausscheidet,
   h) Erstreckung der Frist, welche zwischen der Bekanntmachung über Einberufung von ordentlichen sowie außerordentlichen Generalversammlungen und dem Tage der Abhaltung liegen muß, von 16 auf 21 Tage,
   i) anderweitige Festsetzung der Aktienhinterlegungsfristen für diejenigen Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, dahin, daß die Aktien in Zukunft spätestens am dritten Werktage vor der Generalversammlung hinterlegt werden müssen,
   k) Erhöhung des dem Aufsichtsrate zustehenden Gewinnanteils von 7½ Proz. auf 10 Proz.
5. Erteilung der Ermächtigung an den Aufsichtsrat, die Neufassung des Gesellschaftsvertrages gemäß den Beschlüssen Ziffer 4 vorzunehmen und gleichzeitig den gesamten Gesellschaftsvertrag in neuer Rechtschreibung und unter Berücksichtigung der Titeländerung der für die Veröffentlichung bestimmten Blätter zu redigieren.
6. Zuwahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates der Patzenhofer Brauerei Aktiengesellschaft in den Aufsichtsrat unserer Gesellschaft.

Diejenigen Aktionäre, welche an der außerordentlichen Generalversammlung teilnehmen wollen, werden mit Bezug auf §§ 23 und 24 des Gesellschaftsvertrages ersucht, ihre Aktien mit doppeltem Nummernverzeichnis oder die über die Aktien lautenden Depotscheine der Reichsbank oder eines deutschen Notars, welche die Hinterlegung beurkunden, **bis spätestens Freitag, den 9. Juli, mittags 12 Uhr,**

in **Berlin** bei der **Deutschen Bank**, Behrenstraße 9–13,
" " " " **Schultheiß' Brauerei Actien-Gesellschaft**, Zentralbureau, Roonstraße 6–7,
" Dessau " " Schultheiß' Brauerei Abteilung III, Brauereistraße,
" Breslau " " Schultheiß' Brauerei Abteilung V, Matthiasstraße 204–208,

während der üblichen Geschäftsstunden zu hinterlegen.

Die Depotscheine eines Notars müssen die Bescheinigung enthalten, daß die darauf nach Nummern verzeichneten Aktien nur gegen Rückgabe des Hinterlegungsscheines oder erst nach Schluß der Generalversammlung ausgeliefert werden.

Berlin, den 17. Juni 1920.

**Der Aufsichtsrat der**
**Schultheiß' Brauerei Actien-Gesellschaft**

Kopetzky, Vorsitzender. — Paul Herz, stellv. Vorsitzender.

**Abstimmung in Ostpreußen!**

Abstimmungsberechtigte, die **in der Zeit vom 30. 6. bis 8. 7.** mit dem Sonderzuge nach Ostpreußen durch den polnischen Korridor reisen, müssen sich mit einem polizeilich abgestempelten Lichtbilde versehen. Anmeldungen für die Fahrt vom 30. 6. bis 8. 7. sind mindestens sechs Tage vor der Abreise bei dem Obmann des Bezirks anzubringen. Der Wahlausweis ist hierbei vorzulegen.

**Bund heimattreuer Ostpreußen.**
SW 11, Hallesches Ufer 24. Geöffnet 9–6 Uhr.

**Leistungsfähige**

alt renommierte Zigarrenfabrik, welche in Berlin Fabriklager unterhält, sucht für ihre preiswerten, rein überseeischen Fabrikate, in der Preislage von 675—2000 M. versteuert, in 1/10 Verpackung und tadelloser Aufmachung, Dauerabnehmer. Vertreter für alle Bezirke gesucht. Offerten unter B. 55 an die Expedition dieser Zeitung, Berlin SW. 68. 784 D

Freitag, 9. Juli cr., 10 Uhr vorm. Versteigerung von etwa **50 Pferden und Maultieren,** ausschließlich gutes Material, a. vollem Betriebe, wegen großer Betriebseinschränkung. 187/20*
**Allgem. Berl. Omnibus-Akt.-Ges.,**
Berlin N, Waldstr. 22-24.

**Blaubeeren!**

Täglicher Verkauf von Waggonladungen in Körben von 7—10 Pfund netto zu Großhandelspreisen.
Verkaufsabteilung der „Silva“, Waldfrüchtelieferungsverband e. Gen. m. b. H.
**Arnold & Beyer, Berlin C. 2.**
Neue Friedrichstr. 50. Gegenüber der Börse.
Telephon Norden 588.

**Ankauf** von **Juwelen**
zum heutigen hohen Kurse
**Margraf & Co. G. m. b. H.**
Kanonierstr. 9

**Das Christusproblem gelöst!** Soeb. erschien: Vor 1900 Jahr. ! Wer war Jesus Christus ?
In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefund. worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art Freimaurervereinigung. Es ist der Bericht des Aeltesten dieses Bundes in Jerusalem an den Aeltesten in Alexandrien. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten auf einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht ist von Ferd. Schmidt ins Deutsche übersetzt. Kein Denkender wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen. Preis Mk. 6.50 und Mk. 1,10 f. Nachnahme.
Gr. Bücherkatalog gratis. Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42

Wer ist's?

**12000 Mark**
Preisausschreiben für die Leser von **Kürschners Bücherschatz** (Roman- und Novellensammlung. Jeder Band 85 Pf., m. Teuerungszuschlag 1 M.). Bedingungen für das Preisausschreiben liegen allen neuen Bänden von Kürschners Bücherschatz bei und sind durch jede Buchhandlung oder von
**Hermann Hillger Verlag**
Berlin W 9, kostenlos zu beziehen.

**Meine großen Möbel-Läger**
mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- u. Gobelin-Garnituren, Plüschsofas, Trumeaus, Schränken, Vertikos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. stehen zur gefälligen zwanglosen Besichtigung in der Brunnenstraße Nr. 7, Nr. 8 u. Nr. 156 nahe Rosenthaler Platz bei
**Möbel-Lechner,** Haupteingang Brunnenstraße 7
Geöffnet von 8—8

**Betten-Reinigung**
Aufarbeiten der Federn. Waschen der Inlette
Abholung und Zustellung in Gross-Berlin kostenfrei
**Bettfedern-Fabrik Lustig**
Gustav ... Prinzenstr. ... 47

**Nutzeisen**
Ankauf — Verkauf
Stabeisen, Bleche, I-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstanzen etc. in verschiedenen Dimensionen haben ab Lager abzugeben
**Cohn & Borchardt, Bln.-Lichtenberg**
Rittergutstr. 47/48. Tel. Lichtenberg 646/647.
Nutzeisenabteilung: 8389*
Maybach-Ufer 18/19, Nähe der Kottbuser Brücke.

**Spezial-Arzt**
**für Haut- u. alle Harnleiden,**
Harn- und Blutuntersuchungen.
**Dr. med. Karl Reinhardt,**
Potsdamer Straße 117, an der Lützowstraße.
Sprechstunden: ½12—2, ½6—½10 abds. Sonnt. ½11—1 Uhr. Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in verschl. Kuvert geg. Einsend. v. 2,— M. portofrei.

Die am 1. Juli 1920 fälligen Zinsscheine unserer 3½- und 4½igen Hypothekenpfandbriefe werden bereits jetzt in Gotha und Berlin bei unseren Kassen, ferner in Berlin bei der Dresdner Bank, der Berliner Handels-Gesellschaft, der Deutschen Bank, der Direktion der Disconto-Gesellschaft u. Herren Georg Fromberg & Co. eingelöst. 152/8
Gotha, den 22. Juni 1920.
**Deutsche Grundcredit-Bank.**

Seit über ½ Jahrhundert
**Rauch-**
Riesen-Auslese **Kaffee**
**Invalidenstraße 164**
Eckhaus Brunnenstr. Nord 4336

**Damenmäntelstoffe**
reine Wolle — garantiert fehlerfrei — in den Farben: weinrot, bordeaux, d'braun, d'grün, d'blau und schwarz. Köpergewebe p. Meter 85,—, Doppelgewebe p. Meter 95,—. Musterstücke von 3½ Metern — zu einem Mantel passend — gegen Nachnahme. Vertreter gesucht. 737 D
**G. Wehlau,** Calbe a./Saale.

**Parabellum-**
Pistolen, Gewehre aller Art kaufen
**Frank & Co., W. 8,**
Markgrafenstr. 30.

**Kupfer 8,50,**
Blei, Messing, Aluminium, Platin-Gebisse kauft 1466 b
Metall-Ankauf,
**Alte Jakobstraße Nr. 173.**

**Elektromotore**
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
**Ingenieurbureau Schlichting**
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel. Lützow 2705 und 8814.

**Nicht b. bis**
**Kupfer 8,—**
**Messing 4,—**
Rotguß . . 7,—
Metallhandlung
Lothringer Straße 25.

**Kupfer,**
Messing, Zinn, Zink, Blei, Platin, Gold- und Silberbruch sowie sämtl. Alt- u. Edelmetalle kauft höchstzahlend
**Metall-Einkaufs-Zentrale,**
Kottbuser Damm 66
(Hermannplatz). Mpl. 13880.

**Altmetalle**
Quecksilber, Zahngebisse
Platin-, Silberbruch
kauft zu Schmelzpreisen
**Brunnenstr. 11**
**Neukölln** Kais.-Fried.-Str. **229**

**!!! Geld !!!**
für jede Wertsache, höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 47 III. Ecke Kochstr.

**Metall-Ankaufsstelle Osten,** Grüner Weg 80, zahlt die höchsten Tagespreise für
**Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.**

**Sozialdemokrat. Verein Berlin (S. P. D.)**
7. Abteilung.
Unser Mitglied
**Paul Grünthal**
wohnhaft Urbanstraße 187 ist am 21. Juni verstorben.
**Ehre seinem Andenken.**
Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag, 24. Juni, nachm. 1½ Uhr, auf dem Neuköllner Friedhof, Mariendorfer Weg.
Zahlreiche Beteiligung erwartet 1693
**Der Vorstand.**
Treffpunkt Donnerstag, 12 Uhr, bei Siegmund, Blücherstraße 37a.

**Spezialarzt**
**Dr. med. Kochen**
für Haut-, Harn-, Frauenleid., Schwäch., Beinkrank. Behandlg. schnell, sicher u. schmerzl. ohne Berufsstörung. Blutuntersuch. Fäden i. Harn usw.
**Friedrichstr. 81,** gegenüb. Panoptk.
**Königstr. 56-57,** gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1, 4-7½, Sonnt. 10-1.
Teilzahl. Separ. Damenzim.

**Spezialarzt**
**Dr. med. Hasché**
**Friedrichstr. 99,** direkt am Stadtbahnh.
**Haut-, Harn-, Frauenleiden**
Spr. 10—1, 5—8. Sonnt. 11—1.
Kostenl. Berat. Beq. Zahlung.

**Spezialarzt**
Haut-, Harn-, Frauenleiden, Salvarsan-Kuren, Blutuntersuch., Mannesschwäche, Ausschlag, Höhensonne-Bestrahlung.
Heilanst. **Dr. med. Lommer,**
Sprechz. 10-1, 4-7½, Sg. 10-12.
**Brunnenstr. 185** (Rosenthaler Platz).

**Krause Pianos zur Miete**
Ansbacher Straße 1,
Ecke Kurfürstenstraße

**Pianos,** Flügel, Harmoniums, Kunstspielpianos, Spielapparate, für jedes Harmonium passend,
Piano-Magazin
**A. Lehmann & Co.,**
Inh.: Gentenberg.
Cristinger Str. 115/116.
Gr. Frankfurter Str. 106.

**Schlafzimmer**
großer Spiegelschrank, dreiteilige Matratzen, 5900,—, sehr schönes Speisezimmer 6500,—, elegantes Herrenzimmer 6000,—, Kücheneinrichtung 650,—. Riesige Auswahl in schweren Zimmer-Einrichtungen u. Einzelmöbel zu enorm billigen Preisen.
**Hans Lennert,**
Möbelhaus für Gelegenheitskäufe,
Lothringer Str. 56,
Rosenthaler Platz.

**Metallbetten**
Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten. Polster an jedermann. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik Suhl in Thür. 83/15

**Stellengesuche**

**Pensionär,**
mittlerer höh. Beamter, geb. Stellung, rüstig, 58 Jahre, vornehm. freundl. Charakter, sucht Stelle als Kanz- und Gemeindevertreter. Nur Aufwandsentschädigung von 6000 M. Gefl. Offerten an die Expedition des „Vorwärts“ unt. C. 58. 7963*

**Reinmachefrauen**
Waschfrauen, Ausbesserinnen, tags- u. stundenweise, monatl. auch mit Kragen, zu verl. im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Gormannstr. 9 ... 

**Stellenangebote**

**Zwei Portiers**
schreibkundig, verheir., im Umgange mit Arbeitern bewandert, sofort von großem Werk gesucht. Ausf. Angebote unter F. 55 an die Hauptexpedition des Vorwärts. 7445

**Erfahrene Mühlenbauer**
auf Eisen mit Werkzeug gesucht.
Weizenmühle
**Karl Salomon & Co.,**
Mühlenstr. 6. 7435

**Galvanoplastiker,**
mit allen in Frage kommenden Arbeiten gut vertraut, findet zur Unterstützung und Vertretung sofort oder später dauernde Stellung. Ausführliche Angebote erbitten
**Dr. v. Löbbecke & Co.,**
Graphische Kunstanstalt, Erfurt. 7405

**Monteur,**
erfahren in Aufstellung und Betrieb von Kälteerzeugungsanlagen, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, gesucht. Schriftliche Angebote unter E. 55 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“.

**Geübte Kernwicklerinnen**
für Pupinspulen werden eingestellt. Arbeitsstelle in Charlottenburg. Meldungen vormittags 8—11 Uhr.
**Siemens & Halske A.-G.**
Wernerwerk, Arbeiterannahme.
**Siemensstadt bei Berlin.**

## Kleine Verwaltungsreform.

Die Preußische Landesversammlung ist am Mittwoch wieder zusammengetreten. Sie ehrte das Andenken des verstorbenen Abg. Dr. Friedberg (Dem.) und überwies weiter einen Antrag Adolf Hoffmann (U. Soz.) auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Kilian dem Geschäftsordnungsausschuß.

Der Gesetzentwurf über die Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen wird danach ohne wesentliche Aussprache in zweiter und dritter Beratung gegen die Deutschnationalen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des § 10 des Gesetzes betr. die

Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst.

Ein Regierungsvertreter: Der Entwurf beseitigt schweres Unrecht beispielsweise gegen die Schulmänner, die bisher nicht in leitende Stellungen kommen konnten.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.): Wir erwarten von dem Entwurf die wünschenswerte Herstellung des Gleichgewichts zwischen Schulmännern und Verwaltungsbeamten. Mittlere Beamte, die über große Erfahrungen verfügen und ihre organisatorischen Fähigkeiten erwiesen haben, müssen in leitende Stellungen kommen.

Der Entwurf wird schließlich einem Ausschuß von 28 Mitgliedern überwiesen.

Donnerstag, 2½ Uhr: Beratung über die preußischen Stimmen im Reichsrat.

Schluß: 4¼ Uhr.

## Die Spitzelwirtschaft geht weiter.

In der „Freiheit" ist folgende erbauliche Mitteilung zu lesen:

Seit dem Spätfrühjahr 1919 war im Auftrage der Kommunistischen Zentrale in Ost- und Westpreußen ein Kommunist tätig, der sich Marberg nannte. Der richtige Name soll Burgner sein. Burgner-Marberg war Wanderredner; er erblickte neben der Hetze gegen Unabhängige und Rechtssozialisten seine Aufgabe darin, ständig nach Putschen zu drängen. Viele hielten ihn für einen Spitzel, andere für einen unfähigen Renommisten. Im Frühjahr 1920 enthob ihn die Zentrale der Kommunisten seiner Stellung. Im April d. J. hatte Marberg sein Tätigkeitsgebiet in den polnischen Staat, nach Graudenz, verlegt. In der Nacht vom 24. zum 25. April wurde die gesamte Graudenzer Ortsverwaltung aus den Betten heraus verhaftet, außerdem Dutzende anderer Genossen. In Klein-Tarpen bei Graudenz sind die Verhaftungen so gründlich besorgt worden, daß von allen 98 Mitgliedern nicht eins vergessen wurde. Marberg ist damals mitverhaftet worden. Einige Tage später war er aber bereits wieder in Danzig in Freiheit. Dort wurde er am 14. Mai auf Anordnung des rechtssozialistischen Polizeipräsidenten Friingel festgenommen und nach Lauenburg in Pommern abgeschoben. Was dann aus ihm geworden ist, ist unbekannt. Im Anschluß hieran sei noch mitgeteilt, daß die Kommunistische Zentrale im vorigen Jahre einen gewissen Mork nach Memel schickte (nicht mit Marberg identisch.) Mork sollte als Sekretär die Verbindung mit Sowjet-Rußland aufrechterhalten. Er war ein Spitzel, ließ die ganze Leitung der Memeler Kommunisten verhaften und ist während des Kapp-Putsches als Offiziersstellvertreter in Königsberg eingetreten.

In der sozialdemokratischen Presse ist seit langer Zeit vor den Spitzeln gewarnt worden, aber die Kommunisten und Unabhängigen waren blind gegen diese Gefahr. Wer einmal sich auf Diktaturgelüste eingestellt hat, ist nicht sicher vor den Eindringlingen mit der dunklen Vergangenheit. Die Geschichte von Hans Most und den Anarchisten während des Sozialistengesetzes lehrte Bände, aber die braven Linksradikalen konnten diese Bände nicht. Erst nachdem der Arbeiterschaft unendlicher Schaden zugefügt, wird bei ihnen „vor Spitzeln gewarnt"!

## Für Volksentscheid gegen Militärgerichte.

Folgender Aufruf geht uns zu:

Wieder ruft ein furchtbares Urteil des Militärgerichts in jedem fühlenden Menschen tiefste Empörung wach. 16 Arbeiter, die kein anderes Verbrechen begingen, als daß sie reaktionären Militärs als „Spartakisten" erschienen, werden von studentischen Zeitfreiwilligen verhaftet, auf dem Transport durch rohe Mißhandlung zur Seite gestoßen und dann als angeblich „Flüchtige" niedergeschossen. Ein 16facher Mord, feiger und niederträchtiger, als ihn der elendeste Verbrecher begehen kann.

Und das Militärgericht spricht die Mörder frei. „Daß Menschen von Bildung, Akademiker, Mißhandlungen vorgenommen haben sollten," meinte der Herr Verteidiger, halte er „für ausgeschlossen". Der Herzschuß von vorn, den die Leiche des einen Gemordeten zeigte, sei „vielleicht auf eine Rotationsbewegung zurückzuführen".

Wir fragen: Ist das deutsche Volk deshalb durch das Elend der Kriegsjahre gegangen, hat es deshalb Opfer und Kämpfe der Revolutionszeit getragen, um sich schlimmer noch als früher, roher militärischer Gewalt unterwerfen zu müssen?

Es ist ein schweres Vergehen der Nationalversammlung, daß sie nicht längst die Militärgerichtsbarkeit abschaffte, die jetzt ein um so schlimmeres Ausnahmerecht darstellt, als wir kein Heer im guten Sinne mehr haben. Aber die Verfassung gibt jetzt dem Volke die Möglichkeit, in eigener Entscheidung Recht zu schaffen. Wenn ein Zehntel der Wahlberechtigten in Deutschland Volksentscheid über die Abschaffung der Militärgerichte fordert, so muß ein solches Gesetz dem Reichstag und — lehnt er es ab — dem Votum des Volkes vorgelegt werden. Wir rufen deshalb alle Männer und Frauen im Deutschen Reiche, die noch Gefühl für Menschlichkeit und Recht besitzen, auf, sofort ihre Stimmen zu der Forderung eines Volksentscheids für Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit zu vereinigen. So wird das Volk selbst das Urteil über die Mörder von Thal sprechen.

Wally Zepler. Käte Kollwitz.

Inzwischen hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion diese Angelegenheit auf den kürzesten Weg der parlamentarischen Gesetzgebung geleitet. Dem sympathischen Gedanken, auf diesem Gebiet zum erstenmal die Macht des Volksentscheids anzurufen, steht die Schwierigkeit im Wege, daß die gesetzlichen Ausführungsbestimmungen zu den einschlägigen Artikeln der Verfassung noch nicht erlassen sind.

## Die Plünderungen in Osnabrück.

Ueber die Ursachen der Lebensmittelausschreitungen gibt uns ein Osnabrücker Parteigenosse noch folgende Schilderung:

Bei uns wurden gewaltige Mengen Obst zu Wucherpreisen angeboten, so forderte man 4 bis 5 Mark für das Pfund Kirschen. In ähnlichen Grenzen bewegten sich die Preise für das übrige Obst. Der Osnabrücker Bürger, der nicht einsehen konnte, weshalb man das Obst auf diesen Preis hinaufgeschraubt hat, griff zum Käuferstreik. Truppweise saßen die Käufer durch die Straßen und unterhielten sich über diese Wucherpreise. Die Inhaberin eines Obstgeschäftes, Frau Breitenkemp, der die Aufregung der Käufer sichtlich Befriedigung verschaffte, äußerte plötzlich: „Die Kirschen sind auch nicht für den Pöbel da." Infolge dieser Provokation griff die Menge zur Selbsthilfe, stürmte den Laden und verkaufte das Obst für den Preis von 50 Pf. bis 1,50 M. Spargel, der auf 3 bis 4 M. stand, wurde für 1 M. von der Menge verkauft. Unter der Führung einer ganzen Reihe ortsfremder Personen griffen plötzlich die Plünderungen mit rasender Schnelligkeit um sich, und in einem Fleischerladen wurde das Schweinefleisch mit 3 M. pro Kilo verkauft. Hierbei äußerte der Vorsitzende der U. S. P., Kolbrecher, am Montag gäbe es mehr Fleisch.

Am Sonntag zogen einige als Matrosen verkleidete Individuen in verschiedene Hotels, um hier zu „requirieren", meist jedoch mit negativem Erfolg. Am Montag sammelte sich wiederum eine größere Menschenmenge an, zog vor das Schuhgeschäft von Markus, sandte eine Deputation zum Inhaber und forderte ihn auf, seine Waren zu erschwinglichen Preisen zu verkaufen. Markus war bereit, seine Schuhe für 50 M. zu verkaufen, stellte jedoch die Bedingung, daß die Käufer einen von der Ortsbehörde ausgestellten Bedürftigkeitsschein vorlegten. Etwa 200 Paar soll Markus auf diese Art verkauft haben. Noch immer wogte die Menge hin und her und gab ihrer Entrüstung über die hohen Lebensmittelpreise Ausdruck. Da griff wider Erwarten die Einwohnerwehr ein, die nur aus bürgerlichen Elementen besteht, und schlug mit Gummiknüppeln, Eichenstöcken und ähnlichem fest auf die Menge ein. Der Deutschnationale Brandhorst fuchtelte fortwährend mit seinem Revolver umher. Schüler der höheren Schulen tauchten in Menge auf, hielten Ansprachen, und einer dieser jungen Burschen, Beckmann ist sein Name, stieß fortwährend den Schlachtruf aus: „Leute, laßt euch nicht auf Versprechungen ein, ran an die Juden, die müssen bluten!"

Unser Gewährsmann führt bitter Beschwerde über die wenig mannhafte Haltung der unabhängigen Partei, die wohl in einem Aufruf die Ausschreitungen verurteilte, jedoch während der Ansammlungen unsere Partei für die Lebensmittelteuerung in der allerschofelsten Form verantwortlich machte. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion tat alles, um diese bedauerlichen Vorgänge verebben zu lassen. Sie erließ folgenden Aufruf an die Bürgerschaft:

„Seit Sonnabend herrscht in unserer Stadt Unruhe, die durch eine ungeheure Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel und durch Verhöhnung der Not hervorgerufen worden ist. Die Empörung der Bevölkerung über die wucherische Preisgestaltung ist durchaus verständlich, und wir haben in der letzten Sitzung hiergegen schärfsten Protest eingelegt und verlangt, daß die Preise für alle wichtigen Lebensmittel auf ein erträgliches Maß reduziert werden. In derselben Richtung sind die freien Gewerkschaften, Angestellten- und Beamtenverbände tätig gewesen. Der Unwille der notleidenden Bevölkerung hat sich auf dem letzten Wochenmarkt Luft gemacht. Leider haben sich unlautere Elemente und antisemitische Hetzer der Situation bemächtigt, und diese versuchen die berechtigte Empörung der Bevölkerung für ihre dunklen Zwecke auszunutzen. Ihre Absicht ist, keine Ruhe und Ordnung zurückkehren zu lassen, damit sie Plünderungen und Erpressungen fortsetzen können. Diesen Leuten muß das Handwerk gelegt werden. Veranlaßt die Festnahme aller derjenigen, die zu Plünderungen aufreizen. Ruhe und Ordnung muß unter allen Umständen zurückkehren, wenn nicht unabsehbarer Schaden für die Gesamtbevölkerung eintreten soll."

In den folgenden Tagen hat sich die Erregung in der Stadt denn auch wieder verlaufen und sind Zwischenfälle ähnlicher Art nicht mehr eingetreten.

## Krefelder Ultimatum an die Belgier.

**Krefeld**, 23. Juni. Dem belgischen Kommandeur wurde folgendes Ultimatum überreicht: Die Betriebsvertrauensleute des Krefelder Industriegebietes verlangen von der belgischen Besatzung 1. die sofortige Zurückziehung der Truppen, die von der Bevölkerung als Wachthabende des Schiebertums betrachtet werden, aus der inneren Stadt, 2. Sühne für die Erschießung und Niedermetzelung unschuldiger Passanten, darunter eines zehnjährigen Kindes, durch belgische Soldaten, 3. Garantie für hinreichende Lebensmittel, deren Preise im Einvernehmen mit den Konsumenten festzusetzen sind, widrigenfalls die Krefelder Arbeiterschaft in den Generalstreik treten wird, für den Sympathieerklärungen des gesamten linken Niederrheins vorliegen.

## Verurteilung eines M. d. R.

**Leipzig**, 23. Juni. (WTB.) Der vereinigte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Redakteur der Königsberger „Freiheit", Hans Mittwoch, der jetzt zum Reichstagsabgeordneten gewählt ist, wegen versuchten Landesverrats nach § 92, 1 St. G. B. (Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen zum Nachteil des Deutschen Reichs) sowie wegen übler Nachrede in bezug auf den früheren Reichswehrminister Noske, den Oberst Hesse und das Auswärtige Amt zu **zwei Jahren Festungshaft** unter Anrechnung von sechs Monaten der Untersuchungshaft. Die Straftat wurde begangen durch die am 22. Oktober 1919 durch den Angeklagten bewirkte Veröffentlichung des „Protokolls" über eine angeblich am 3. Juni 1919 abgehaltene Sitzung im Auswärtigen Amt. Das Protokoll erwies sich hinterher als plumpe Fälschung, wurde aber vom Angeklagten für echt gehalten und hätte dem Deutschen Reiche großen Schaden zufügen können.

## Die Thüringer Landtagswahlen.

**Weimar**, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts") Endgültig gewählt sind 11 Sozialdemokraten, 15 Unabhängige, 11 Landbündler, 8 Volksparteiler, 4 Demokraten, 4 Deutschnationale. Die Sozialdemokratie hat gut abgeschnitten, Unabhängige und bürgerliche Parteien haben gegen die Reichstagswahl ein Viertel bis ein Drittel an Stimmen verloren.

Dieses Ergebnis hat die „Neuhsische Tribüne" in Gera schon vorausgeahnt und es mit — — zügelloser Hetze und Verleumdungssucht der Rechtssozialisten begründet. Ob solcher Klage von Unabhängigen lachen ja die Hühner.

Die vorläufigen Stimmenzahlen sind: Sozialdemokraten 132 784, Unabhängige 182 865, Deutschnationale 45 122, Deutsche Volkspartei 104 077, Demokraten 58 142, Landbund 134 487, Kommunisten 8434.

## Polen sucht Frieden.

Die Agentur „Dena" meldet: Der polnische Gesandte in Berlin hat sich nach London begeben, um dort mit Krassin in Verhandlungen über den polnisch-russischen Frieden einzutreten. Bereits vor einigen Tagen wurde auch zu demselben Zweck der Präsident des Hauptausschusses im polnischen Reichstag **Dr. Grabski, nach London berufen.**

## Polen verspricht.

Dem deutschen Geschäftsträger in Warschau ist vom polnischen Ministerium des Aeußeren auf Grund von Verhandlungen mit der interalliierten Kommission in Allenstein eine Erklärung übergeben worden, die auch für das Abstimmungsgebiet Marienwerder Gültigkeit haben soll, und in der sich die polnische Regierung verpflichtet, die Stimmberechtigten der Abstimmungsgebiete von Marienwerder und Allenstein in täglich 7 Sonderzügen von je höchstens 52 Achsen während eines Zeitraumes von 14 Tagen durch das polnische Gebiet zu befördern. Die polnische Regierung bittet die interalliierten Kommissionen, Kontrollorgane zu stellen, die gemeinsam mit den entsprechenden polnischen Organen die Kontrolle der Sonderzüge vornehmen werden.

Jeder Stimmberechtigte, der durch das polnische Gebiet zu fahren wünscht, muß sich durch einen Abstimmungsausweis, ausgestellt von einer dafür zuständigen Kommission, und durch Personalausweis mit Photographie ausweisen. Die Abstimmungsausweise werden bei der Kontrolle gestempelt. Waffen dürfen nicht mitgeführt werden. Die Züge werden von polnischen Beamten geführt und bedient werden. Ein polnischer Lokomotivführer wird die Maschine in Begleitung des deutschen Lokomotivführers und Heizers führen. Das deutsche Zugpersonal muß den Zug in Konitz verlassen; die polnische Zugbegleitung wird den Zug nach der Durchfahrt durch das polnische Gebiet in Marienburg verlassen. Während der Durchfahrt durch das polnische Gebiet werden die Züge von einer gemeinsam aufgestellten alliierten und polnischen Eskorte begleitet werden, oder nur von einer polnischen, falls die interalliierten Abstimmungskommissionen das notwendige Personal nicht stellen können. Die Züge bleiben während der Durchfahrt geschlossen. Die polnische Regierung kann denjenigen Stimmberechtigten der preußischen Abstimmungsgebiete die Durchfahrt durch ihr Gebiet nicht gestatten, die schon vorher in Schleswig von ihrem Abstimmungsrechte Gebrauch gemacht haben (?) Deutsche Staatsangehörige, die im polnischen Gebiet wohnen und sich zur Abstimmung zu begeben wünschen, werden keinen besonderen Vorschriften unterworfen und dieselben Rechte genießen wie die polnischen Staatsbürger, d. h., es genügt ein Paß, der mit einem Visum für das Ausland versehen ist. Für den Fall, daß für die Reise der polnischen Abstimmungsberechtigten von einem Visum abgesehen wird, und die Wahlausweise als ausreichende Reisepapiere zugelassen werden sollten, wird den deutschen Staatsbürgern das gleiche Recht zugestanden werden. Diese Bestimmungen werden auch für den Rücktransport Geltung haben.

## Demission der ungarischen Regierung.

**Budapest**, 22. Juni. In der Nationalversammlung berichtete Militärminister Soos über die Streife zwischen Donau und Theiß; dabei sei festgestellt worden, daß von 80 wegen Grausamkeit und gesetzwidriger Handlungen Festgenommenen nur 26 Soldaten, und zwar Deserteure, die übrigen Zivilpersonen waren. Es sei bedauerlich, daß vereinzelte Fälle in einer Form berichtet seien, die den guten Ruf der Nationalarmee herabsetzen konnte. Vielleicht habe das zur Verhängung des Boykotts mit beigetragen, dem mit geeigneten Maßnahmen begegnet werde.

Wie der „Christlichnationalen Vereinigung" mitgeteilt worden ist, wird die Regierung am Sonntag oder Montag ihre Demission einreichen, um dem Reichsverweser und der Nationalversammlung Gelegenheit zu geben, eine der gegenwärtigen politischen Konstellation entsprechende Regierung zu bilden.

Die deuschösterreichische Regierung ersuchte die Wiedergutmachungskommission, die aus Serbien und Bulgarien ankommenden Getreidetransporte von etwa 35 000 Tonnen, die auf dem Donauwege eintreffen sollen, durch ein französisches Kanonenboot begleiten zu lassen, damit sie in Ungarn nicht angehalten werden können.

## Verlegung des internationalen Bureaus.

**London**, 22. Juni. (Reuter.) Bei der Konferenz der englischen Arbeiterpartei in Scarborough, an der 1150 Delegierte teilnahmen, sagte Camille Huysmans, er werde in Genf beantragen, daß das Internationale sozialistische Sekretariat nach London verlegt werde, weil der künftige Mittelpunkt der Internationale in einem mächtigen Land mit einer mächtigen Partei liegen müsse.

*

**London**, 23. Juni. (TU.) In der ersten Sitzung der Jahresversammlung der Labour Party übte der Vorsitzende Hutchinson lebhafte Kritik an der irischen Regierungspolitik. Man versuche mit brutaler militärischer Gewalt in Irland den Ausstand gewaltsam zu unterdrücken. Irland müsse die Regierungsform, die ihm genehm ist, erhalten. Wenn es eine unabhängige Republik sein wolle, so könne ihm die Labour Party das Recht dazu nicht verweigern. Welche Regierungsform Irland auch immer wählen möge, so müsse es doch frei wählen können. Dieser Entscheid könne aber nur fallen, wenn die britischen Truppen bedingungslos zurückgezogen würden.

## Generalstreik in Mailand.

**Mailand**, 23. Juni. (WTB.) **Trotz des gegenteiligen Beschlusses der sozialdemokratischen Vertrauensleute herrscht in der ganzen Stadt der Generalstreik zum Protest gegen die Entlassung von Eisenbahnern wegen Verhinderung von Kriegsmaterialtransporten. Anarchistische Elemente haben morgens die Stadtausgänge besetzt und die Straßenbahnen zur Umkehr in die Halle gezwungen. Die Fabrikarbeiter konnten infolgedessen ihre Arbeitsstätten nicht erreichen. Der Eisenbahnerausstand dauert an.**

## Die Einverleibung Südjütlands.

**Kopenhagen**, 23. Juni. (WTB.) Der Ministerpräsident brachte im Reichstag 78 Gesetzesvorlagen ein, die sämtlich auf die Einverleibung der ersten Zone in Dänemark Bezug haben. Bei der Vorlegung des Entwurfs über die Sprachenfrage erklärte der Ministerpräsident, daß die Amtssprache dänisch sei. Deutsch könne jedoch in den Fällen gebraucht werden, wo die Anwendung der dänischen Sprache auf Schwierigkeiten stoße. Nach der Vorlage über die Regelung des Schulwesens kann die Einführung der deutschen Unterrichtssprache in den Gemeinden gefordert werden, wo 10 Prozent der Bewohner dies verlangen.

**Württembergischer Staatspräsident** ist nun der frühere Nationalliberale, jetzige Demokrat Hieber. Er wurde mit 52 von 83 Stimmen gewählt. Die Unabhängigen enthielten sich der Stimme. Hieber wird jetzt ein Ministerium bilden.

**Der Zentrums-Vizepräsident.** Das Zentrum schlägt bei dem ihm zustehenden Vizepräsidenten den Abg. Dr. Bell vor. Abg. Pfeiffer soll wieder Schriftführer werden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Verbandstag des Verkehrspersonals.

Im weiteren Verlauf der Debatte über den Zusammenschluß des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals nahm auch Scheffel als Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes auf dem Augsburger Verbandstag das Wort. Er verwahrte sich gegen den von einigen Rednern erhobenen Vorwurf, der Hauptvorstand des D. E. V. habe eigene Mitglieder ins Gefängnis werfen lassen. Die Kollegen in Frankfurt seien oft und nachdrücklich gewarnt worden. Es sei nicht möglich, die gegen den Willen der Organisation ins Unglück gekommenen und gewarnten Kollegen so weitgehend aus den Mitteln der Mitglieder zu unterstützen, wie es verlangt worden ist. Der Hauptvorstand des D. E. V. stehe auf dem Standpunkt, daß jedes Mitglied sich politisch organisieren könne, wo es wolle; er könne aber nicht dulden, daß innerhalb der Organisation, die die wirtschaftliche Interessenvertretung zum Zweck hat, einseitige politische Strömungen die Arbeit stören. Er warnt davor, politische Fragen und Tendenzen in der heutigen sturmbewegten Zeit in die Gewerkschaften zu tragen. Alle Arbeiter hätten die gleichen Interessen und das gleiche Ziel. Ganz anders käme es aber, wenn die politischen Richtungen der verschiedenen Parteien in der Gewerkschaft aufeinander fallen. Der D. E. V. sei jederzeit bereit gewesen, mit allen Mitteln die Forderungen seiner Mitglieder durchzusetzen; aber es könnte nicht immer bei jeder Gelegenheit gleich zum letzten Mittel, dem Streik, gegriffen werden. Für die Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichskabinett sollte im Interesse der Eisenbahner der Grundsatz maßgebend sein, ein Unternehmen, ein Arbeitgeber — eine Organisation! Der D. E. V. sei trotz aller Schwierigkeiten in kurzer Zeit auf 400000 Mitglieder angewachsen. Seine Feinde ständen ringsum. Der D. E. V. hat die Verschmelzung nicht gewünscht, weil er auf sie angewiesen ist, sondern weil er vollwertige Mitarbeiter und Mitkämpfer sucht für die große Sache des Proletariats, insbesondere der Eisenbahner.

Der Vorsitzende des D. E. V. Brunner erklärt, daß die Beitragsfrage aus technischen Erwägungen wohl erst ab 1. Januar 1921 einheitlich durchführbar sei. Er möchte der Generalversammlung empfehlen, einen Wochenbeitrag von 2 M. festzusetzen. Die Presse bleibt vorerst für Süddeutschland bestehen, nur müsse das Organ den einheitlichen Titel erhalten. Wenn ein Redakteur von den süddeutschen Kollegen nach Berlin komme, solle den süddeutschen Fragen in einem besonderen Raum Rechnung getragen werden. Er wünsche, daß, nachdem der D. E. V. in weitgehendster Weise entgegengekommen sei, der die Gültigkeit von der Generalversammlung erhalte und einmütiges Uebertreten der Organisation erfolge. Fernerhin sei dem B. D. D. V. ein gleichberechtigtes besoldetes Vorstandsmitglied sowie eine Anzahl unbesoldeter Kollegen im engeren und erweiterten Vorstand zugebilligt worden. Auch werden sämtliche Verbandsangestellten und die beurlaubten Kollegen, nachdem man sowieso mehr Beamte braucht, mit übernommen. Eine Ausnahme müßte nur in einem Fall (Stuttgart) gemacht werden. Der Grundsatz hierfür sei, daß der Betreffende, als er im Verkehrsrat in Frankfurt war, eine Stellung einnahm, die direkt gegen das Verbandsstatut verstoßen habe. Sollte trotzdem die Uebernahme beschlossen werden, so müsse Redner die Konsequenzen ziehen. In Zukunft sei endlich wieder einmal gewerkschaftliche Organisationsarbeit zu leisten.

## Mangel an Klassenbewußtsein.

Obwohl das Unternehmertum seine Machtposition mehr und mehr erweitert und den Zusammenschluß der Unternehmerverbände aus Industrie und Handel, Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe anstrebt, herrscht in Angestelltenkreisen in organisatorischer Beziehung noch eine bedauerliche Uneinigkeit. So hat sich jetzt im Gegensatz zum freigewerkschaftlichen Bund der technischen Angestellten und Beamten ein „Bund nationaler technischer Angestellten" unter dem Vorsitz des Reichstagsabg. Geisler gebildet. Unter allerlei fadenscheinigen Gründen wird der Versuch gemacht, dieser Neugründung ein gewisses Lebensrecht zu verleihen. In Wirklichkeit ist sie ein Zweig mehr, die Angestelltenschaft zu zersplittern und deren Stoßkraft gegenüber dem Unternehmertum, das vielmehr den Wert einer geschlossenen und einigen Organisation erkennt, als die Angestellten, zu lähmen.

Hinter solchen „nationalen" Verbänden steht in der Regel das Unternehmertum als Hauptinteressierter, während die Angestellten in Ermangelung eines ausgeprägten Klassenbewußtseins nicht zu ermessen vermögen, wie sehr sie sich gegen ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen versündigen. Angestellte und Arbeiter, denen daran liegt, daß ihre wirtschaftliche Lage verbessert wird, können nur in den freigewerkschaftlichen Organisationen die für sie geeignete Interessenvertretung erblicken.

### „Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes".

Unter diesem Titel ist soeben die erste Nummer der vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angekündigten Betriebsrätezeitung erschienen. Schriftleiter derselben ist Dr. A. Stricker, der in einem inhaltreichen Einführungsartikel die großen Aufgaben der Betriebsräte aufzeigt. Allein die Lektüre dieses Artikels wird so manchen Arbeiter, der sich bereits mit dem nötigen Wissen zu leitenden Funktionen im Wirtschaftsprozeß ausgestattet wähnt, zur Selbsteinkehr bewegen. Die mit reichhaltigem Wissensstoff ausgestattete Betriebsrätezeitung ist durch jede Postanstalt zum Vierteljahrspreis von 3 M. zu beziehen.

### Angestellte der Metallindustrie!

Die Unternehmer haben in den Tarifverhandlungen und zuletzt auch in dem Schreiben, mit dem sie den finanziellen Teil des Schiedsspruchs ablehnten, behauptet, die allgemeine Geschäftslage in den Betrieben zwinge sie zu den getroffenen Maßnahmen. Wir sind über die Situation in den hauptsächlichsten Betrieben orientiert, möchten aber einmal grundlegend den Behauptungen der Unternehmer entgegentreten können.

Deshalb ist es notwendig, daß die der Afa angeschlossenen Mitglieder der Betriebsvertretungen möglichst schriftlich, am besten durch Rohrpost, folgende Fragen der unterzeichneten Geschäftsstelle beantworten:

1. Ist der Betrieb voll beschäftigt?
2. Stehen Kündigungen der Arbeiter oder der Angestellten in Aussicht?
3. Sind Einstellungen von Arbeitern und Angestellten in letzter Zeit erfolgt?

Freitag, den 25. d. Mts., vormittags 9 Uhr, findet in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35, eine Versammlung aller Betriebsräte, Angestelltenräte, Betriebsobleute sowie der Verbandsfunktionäre der Afa-Verbände statt. In dieser Versammlung sollen vor allem die durch das Verhalten der Unternehmer geschaffene Lage und die notwendig werdenden Maßnahmen besprochen werden. Es wird auch Bericht erstattet über die schon bisher unternommenen Schritte.

Betriebsvertretungen, die die oben gestellten drei Fragen nicht rechtzeitig durch die Post der Geschäftsstelle übermitteln können, können sie am Freitag, den 25. d. Mts., vormittags, in der Versammlung am Vorstandstisch abgeben.

Es ist unbedingt notwendig, daß jeder Betrieb der Metallindustrie in Haverlands Festsälen vertreten ist. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Ortskartell Groß-Berlin. Flatau. Reinsberg. Liebeskind.

### Wilde Wahlen zur Betriebsräteversammlung.

Von verschiedener Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß schon Delegiertenwahlen zur Betriebsräteversammlung vorgenommen werden. Wir verweisen darauf, daß diese erst vorgenommen werden können, wenn die Verhandlungen mit den Betriebsrätezentralen abgeschlossen sind. Wir verweisen hierbei auf den Bericht der Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission vom 21. d. M. Die jetzigen wilden Wahlen geben nur ein zerrissenes Bild. Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission. Vollmershaus.

### Achtung, Töpfergewerbe!

Im Töpferberuf haben seit 1½ Jahren die Arbeitgeber und -nehmer für Berlin und Vororte sich einen paritätischen Arbeitsnachweis geschaffen, der als Fachabteilung dem Arbeitsnachweis der Stadt Berlin angegliedert war. Die Arbeitsvermittlung ruhte gemeinschaftlich in den Händen eines Meisters und eines Gesellen. Der Nachweis war obligatorisch, die Arbeitgeber durften keine Leute ohne diesen Nachweis einstellen, die Arbeitnehmer durften nicht umschauen gehen. Arbeitgeber sollten nur organisierte Töpfer beschäftigen, die Töpfer nur bei den den Nachweis angeschlossenen Unternehmern arbeiten.

Da im Töpfergewerbe eine Zwangsinnung eingeführt ist, der alle Arbeitgeber angehören müssen, so war theoretisch erreicht, daß alle Berufsangehörigen diesen Nachweis passieren mußten. Im allgemeinen wurde der Reihe nach vermittelt, d. h., die am längsten im Nachweis Eingeschriebenen wurden zuerst berücksichtigt; doch war den Unternehmern gestattet, für gewisse Arbeiten Auslesungen unter den Arbeitslosen vorzunehmen. Weiter stand den Unternehmern das Recht zu, in ihrer Firma einen geeigneten Töpfer (als Vertrauensperson, Akkordmeister) außer der Reihe vom Arbeitsnachweis zu entnehmen. Die Gesellen verpflichteten sich, keine selbständigen Arbeiten auszuführen. Es war damit erreicht, daß das umständliche Arbeitsuchen, das heute viel Streifeschlen, Fahrgelder, Schmiergelder kostet, und das Betteln um Arbeit beseitigt wurde. Andererseits wurden die Meister beim Anfangen der Ofensetzarbeiten in den Neubauten nicht wie früher belästigt, das sogenannte „Klingelputzen" sollte aufhören.

Die Gesellen hielten im großen und ganzen die Vertragsbestimmungen, während einzelne Meister immer wieder versuchten, durch Einstellungen ohne den Nachweis den Vertrag zu hintergehen. In immer kürzeren Zeiträumen tauchten wegen Umgehung des Nachweises seitens der Unternehmer Differenzen auf. Einer Anzahl unsozial denkender Unternehmer war der Nachweis schon lange ein Dorn im Auge. In den Innungsversammlungen und den Verbandsversammlungen liefen sie unter Führung des Herrn Töpfermeister Hugo Hopp, Charlottenburg, Sturm. Es gelang ihnen, die Kündigung des Arbeitsnachweisvertrages zum 1. Juli 1920 durchzusetzen. Allerlei fadenscheinige Sachen mußten herhalten; in Wirklichkeit ist ihnen der Nachweis im Wege, weil sie nicht die ihnen genehmen Gesellen erhalten, denen sie am Wochenschluß weniger als den Tariflohn in die Hände drücken können. Der Zentralverband der Töpfer hat durch seine Vertreter wiederholt unter der Leitung eines Unparteiischen wie Herrn Magistratsrat Dr. Wölbling u. a. versucht, zu einem neuen Vertrage mit den Unternehmern zu kommen, die Gesellen waren zu großem Entgegenkommen bereit. Stets wurde von den Unternehmern rundweg erklärt, es bleibt bei der Kündigung, trotzdem die Unparteiischen feststellten, daß die angegebenen Gründe für die Kündigung nicht zutreffen.

Die Gesellen wissen ganz genau, daß nicht alle Unternehmer den Standpunkt der Herren Hopp und Genossen teilen und einen Arbeitsvertrag wünschen. Um nun zu verhüten, daß es gänzlich zum Bruch kommt, unter dem alle Beteiligten und nicht zuletzt die Töpfermeister leiden würden, ladet die Organisation alle sozialdenkenden Töpfermeister und Unternehmer des Töpferberufs, auch die Vertreter der in Regie arbeitenden Gemeinden, ein, sich an einer Versammlung und Aussprache mit dem Vorstand der Filiale Berlin des Zentralverbandes der Töpfer zu beteiligen. Diese Versammlung findet am Montag, den 28. Juni 1920, nachmittags 5½ Uhr im Gewerkschaftshause, Saal 10, statt.

### Vierhunderttausend!

Auf diese stattliche Zahl ist die Mitgliedschaft des Zentralverbandes der Angestellten angewachsen. „Der freie Angestellte", die Zeitschrift des Zentralverbandes der Angestellten, ermahnt in seiner neuesten Nummer alle männlichen und weiblichen Mitglieder, den Kampfschatz der Vierhunderttausend zu stärken und durch Ueberzeugungstreue und Opferwilligkeit der Organisation jenen geistigen und materiellen Rückhalt zu verschaffen, den sie zur Wahrnehmung der Angestellteninteressen gegenüber dem stark organisierten Unternehmertum haben muß.

**Zentralverband der Fleischer.** Vertrauensleute, Betriebsräte, Obleute und Vorstandsmitglieder der Sektion I (Wurst- und Konservenfabriken, Fleischereien) am Freitag, den 25. Juni, abends 7 Uhr, in Boekers Festsälen, Weberstr. 17: Versammlung.

**Zentralverband der Angestellten.** Fachgruppe 10. (Bekleidungs- und Textilindustrie- und Handel). Fachgruppenversammlung am 25. 6., 7 Uhr, Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

**Achtung, Buchbinder in der Metallindustrie!** Donnerstag, abends 5 Uhr, Alexandrinenstr. 37a, Versammlung aller unter den Kollektivvertrag fallenden Buchbinder und Buchbinderei-arbeiterinnen. Tagesordnung: Tarifberatung. Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen unbedingt Pflicht.

# Aus aller Welt.

## Wie Carranza ermordet wurde.

Die „Deutsche Zeitung von Mexiko" vom 25. Mai lichtet das Dunkel, das bisher die Bluttat von Tlaxcalatongo umschwebte. Danach wurde der Präsident Carranza von dem früheren Rebellenführer Rodolfo Herrero ermordet, der sich auf der Flucht des Präsidenten nach der Niederlage bei Rinconada mit seiner ungefähr 150 Mann starken Truppe diesem angeschlossen hatte. In Tlaxcalatongo übernahm Herrero, der schon seit zehn Wochen übergetreten war und für dessen Treue sich General Francisco de P. Mariel mit seinem Kopfe verbürgt hatte, die Wache.

Carranza hatte eine Hütte als Quartier für die Nacht gewählt und teilte den kleinen Raum mit seinem Privatsekretär Pedro Gil Fartas, dem Adjutanten Kapitän Juarez, zwei Assistenten und dem Hausmeister Secundino Reyes. Um 9 Uhr begab sich der Präsident zur Ruhe, und auch seine Begleitung suchte bald die benachbarten Hütten auf. Gegen 1 Uhr ließ sich ein Offizier der Truppe Rodolfo Herreros mit zwei Mann melden, um dem Präsidenten die Meldung zu erstatten, daß — nichts vorgefallen wäre. Erst später erkannte man, daß diese nichtssagende Meldung nur den Zweck hatte, die Lagerstätte des Präsidenten genau festzustellen. Eine halbe Stunde später schlichen sich zahlreiche Soldaten Herreros in die Nähe der Hütte und nahmen in kurzem Abstande Stellung. Dann gaben sie die erste Salve auf die dünne Stelle der Bretterwand ab, hinter der sich die Lagerstatt des Präsidenten befand. Carranza fühlte sofort, daß er getroffen war und rief seinem Privatsekretär zu: „Ich bin verwundet, geben Sie mir meinen Karabiner, ich muß mich verteidigen!" In diesem Augenblicke krachte die zweite Salve, und der Präsident sank tot auf sein Lager zurück. Mit ihm starben die zwei Assistenten, Kapitän Juarez und fünf weitere Personen außerhalb der Hütte. Der von dem Richter in Villa Juarez aufgenommene amtliche Befund hat ergeben, daß die Leiche des Präsidenten im ganzen sieben Schußwunden aufweist.

In der Frühe des 24. Mai wurde die Leiche des Präsidenten in einem primitiven Holzsarge nach der Hauptstadt Mexiko übergeführt. Erschütternd waren die Szenen, die sich bei der Ankunft des Sarges in der Privatwohnung des Präsidenten abspielten. Die beiden Töchter des Ermordeten brachen unter herzzerreißendem Schluchzen zusammen. Die Leiche wurde in einem der Zimmer zu ebener Erde aufgebahrt. Unter ungeheurer Beteiligung wurde die Leiche des Präsidenten nachmittags auf dem Armenfriedhof begraben. Carranza hatte vor seiner Flucht aus Mexiko noch diesen Wunsch geäußert, als er seinen Töchtern erklärte, nur als Sieger oder tot werde er nach der Hauptstadt zurückkehren und im letzten Falle möchte er unter den Armsten des Volkes bestattet werden.

**Eine Munitionsexplosion** ereignete sich auf dem Artillerie-Munitionsdepot Uhlerborn bei Mainz. Das Uebergreifen auf andere Teile des Lagers wurde von französischen Soldaten verhindert. Hierbei fand der Adjutant des 168. französischen Infanterieregiments den Tod. Die Gefahr weiteren Umsichgreifens der Explosion ist beseitigt. Der Zugverkehr, der auf einige Stunden über andere Strecken umgeleitet werden mußte, wurde wieder aufgenommen.

**Auf offener Straße niedergeschossen** wurde in Reichenberg, der deutschböhmischen Industriestadt, ein Polizist, als er einen unbekannten Mann, der gestohlene Wäsche verkaufte, festnehmen wollte. Der Verbrecher feuerte zwei Schüsse gegen den Beamten ab, von denen einer in die Brust traf. Es besteht wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Der Verbrecher entkam, indem er seine Verfolger mit dem Revolver in Schach hielt.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Grosse Preisermässigungen in
Schuhwaren
bei der städt. Bekleidungsstelle in Neukölln, Bergstr. 29
Damenstiefel
moderne Fassons, extra gute Roßchevreaux- u. Rindledersorten
106,- Mark
Herrenstiefel
gediegene Arbeit
115,- Mark
Ia Rindbox, kurze moderne Form
Kinderstiefel
bequeme Form, dauerhafte Qualität
von 44,- Mark an
Verkauf an Jedermann. Auch an Nicht-Neuköllner.